

Tätigkeitsbericht

Volkswirtschaftsdirektion

2013



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction de l'économie et de l'emploi DEE
Volkswirtschaftsdirektion VWD

Inhalt

1. Direktion und Generalsekretariat	5	A.	Beschäftigungsmassnahmen	16
1.1 Tätigkeit	5	B.	Bildungsmassnahmen	17
1.1.1 Ordentliche Tätigkeit	5	C.	Spezielle Massnahmen	17
1.1.2 Besondere Ereignisse	5	D.	AMM-Budget	17
1.2 Kommission für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland	5	E.	Qualifizierungsprogramme (QP-BAMG)	17
1.3 Tourismus	6	3.2.4	Ombudsstelle	17
1.4 Interkantonale Zusammenarbeit	8	3.2.5	Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)	18
1.5 Streitfälle	9	3.2.6	Unterstützung für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung	18
1.6 Gesetzgebung	9	3.2.7	Organisation und Projekte	18
1.6.1 Gesetze und Dekrete	9	3.3 Abteilung Arbeitsmarkt	18	
1.6.2 Verordnungen und Reglemente	9	3.3.1	Arbeitsinspektorat	18
2. Wirtschaftsförderung (WIF)	10	3.3.2	Beobachtung des Arbeitsmarkts	20
2.1 Tätigkeit	10	3.3.3	Kantonales Organ für die wirtschaftliche Landesversorgung	20
2.1.1 Neuansiedlung von Firmen aus der Schweiz und dem Ausland	10	3.3.4	Kantonale Einigungsstelle für kollektive Arbeitsstreitigkeiten (ESKA)	20
2.1.2 Wirtschaftsförderung im Kanton	11	3.3.5	Abkommen über den freien Personenverkehr (FZA)	20
2.1.3 Gründung von Unternehmen	12	3.3.6	Bekämpfung der Schwarzarbeit	21
2.1.4 Neue Regionalpolitik	13	3.3.7	Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih	21
2.2 Die Unterstützungsmassnahmen in Zahlen	14	3.4 Rechtsdienst	22	
2.2.1 Unterstützung der Unternehmen	14	3.4.1	Erstinstanzliche Verfügungen	22
2.3 Neue Regionalpolitik	15	3.4.2	Zweitinstanzliche Verfügungen und Stellungnahmen beim Kantonsgericht	22
2.3.1 Neue Regionalpolitik (NRP) 2012-2015: Finanzbeiträge und verfügbare Mittel am 31.12. 2013 (in Fr.)	15	3.4.3	Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen	22
3. Amt für den Arbeitsmarkt (AMA)	16	3.4.4	Weitere Tätigkeiten des Rechtsdiensts	23
3.1 Ordentliche Tätigkeit	16	3.5 Stabsdienste	23	
3.2 Abteilung Arbeitslosigkeit	16	3.5.1	Kommunikation	23
3.2.1 Arbeitslosenversicherung	16			
3.2.2 Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV)	16			
3.2.3 Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)	16			

3.5.2	Informatik	23
3.5.3	Buchhaltung	23
4.	Öffentliche Arbeitslosenkasse (ÖALK)	24
4.1	Tätigkeit	24
4.1.1	Ordentliche Tätigkeit	24
4.1.2	Arten von Leistungen und deren Anzahl	24
A.	Anträge auf Arbeitslosenentschädigung (ALE)	24
B.	Anträge auf Schlechtwetterentschädigung	24
C.	Anträge auf Kurzarbeitsentschädigung	24
D.	Anträge auf Insolvenzentschädigung	24
E.	Ausbezahlte Taggelder	24
5.	Handelsregisteramt (HRA)	25
5.1	Tätigkeit	25
5.1.1	Ordentliche Tätigkeit	25
5.1.2	Besondere Ereignisse	25
5.2	Statistik	25
5.2.1	Stand der aktiven Gesellschaften	25
5.2.2	Sprachliche Aufteilung der Registereinträge	26
5.2.3	Übersicht der neuen Gesellschaften	26
5.3	Interkantonale Zusammenarbeit	26
5.4	Streitfälle	27
6.	Amt für Energie (AfE)	27
6.1	Tätigkeit	27
6.1.1	Ordentliche Tätigkeit	27
6.1.2	Laufende Studien	27
6.2	Ausbildung	27
6.2.1	Weiterbildungsprogramm	27
6.2.2	Sensibilisierung/Bildung der Jugend	27
6.3	Baubewilligungsverfahren	28
6.3.1	Baubewilligungsgesuche	28
6.3.2	Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen	28

6.3.3	Verschiedene Bewilligungen und Ausnahmbewilligungen	28
6.3.4	Erdgas	28
6.3.5	Hochspannungsleitungen	29
6.4	Förderprogramme im Energiebereich	29
6.4.1	Holzheizungen	29
6.4.2	Thermische Solaranlagen	29
6.4.3	Gebäude, die den Minergie-P-Standard erfüllen	29
6.4.4	Wärmepumpen als Ersatz einer Elektroheizung	29
6.4.5	Wärmepumpen als Ersatz einer fossilen Heizung	29
6.4.6	Heizwasserverteilsystem	29
6.4.7	Gebäudeprogramm	29
6.4.8	Neue Wärmenetze zur Nutzung von Abwärme	29
6.4.9	Wärmekraftkopplung	29
6.4.10	Energiestadt-Label für Gemeinden	29
6.5	Interkantonale Zusammenarbeit	29
6.6	Gesetzgebung	30
7.	Amt für Statistik (StatA)	30
7.1	Aktivitäten	30
7.1.1	Datenerhebung	30
7.1.2	Datenverarbeitung	30
7.1.3	Veröffentlichung der Ergebnisse	30
7.1.4	Beratung	31
7.2	Besondere Projekte und Ereignisse	31
7.3	Interkantonale Zusammenarbeit	31
8.	Wohnungsamt	31
8.1	Tätigkeit	31
8.1.1	Wohnungsmarkt	31
8.1.2	Wohnbauförderung	32
8.1.3	Mietzinsverbilligung durch die öffentliche Hand	32
8.1.4	Kontrolle der gewährten Beiträge	33
8.1.5	Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen	33

8.1.6	Baulandreserven	33	10.2.1	Strategische kantonale Projekte und Positionierung im Bereich Ingenieurwesen und Architektur der HES-SO	40
8.1.7	Verkauf von Grundstücken an Ausländer	33	10.2.2	Unterricht	40
8.1.8	Kantonale Wohnungskommission	33	10.2.3	Weiterbildung	40
8.2	Interkantonale Zusammenarbeit	33	10.2.4	Angewandte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte	41
8.3	Streitfälle	33	A.	Institute	41
9. Amt für Berufsbildung (BBA)		34	B.	Projekte und finanzielle Ergebnisse	42
9.1	Ordentliche Tätigkeit	34	10.2.5	Nationale und internationale Zusammenarbeit	42
9.2	Besondere Ereignisse	35	10.2.6	Besondere Ereignisse und Veröffentlichungen	42
9.2.1	Validierung von Bildungsleistungen (VAB)	35	10.3 Tätigkeit der Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW-FR)		42
9.2.2	Neue Schulräume der Gewerblichen und Kaufmännischen Berufsfachschule (EPAC)	36	10.3.1	Unterricht	43
9.2.3	Berufsfachschule Technik und Kunst Freiburg (EMF)	36	10.3.2	Weiterbildung	43
9.3	Ausbildung	36	10.3.3	Angewandte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte	43
9.3.1	Berufliche Grundbildung	36	10.4 Die FHF-TW in Zahlen		44
9.3.2	Beruflicher Unterricht	37	Personalstatistik FHF-TW (HTA-FR + HSW-FR)		44
9.3.3	Überbetriebliche Kurse	38	Statistik der Studierenden FHF-TW + BTS		44
9.3.4	Höhere Berufsbildung und berufsorientierte Weiterbildung	38	Statistik der Studierenden nach Herkunft (Kanton, Ausland)		45
9.3.5	Gewerbebibliothek (GIBS) und Zentrum für pädagogische Bezugsquellen (EPAC)	38	10.5 Bautechnische Schule (BTS)		45
10. Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)		39	10.6 Stand der Stipendienfonds		46
10.1	Tätigkeit der FHF-TW	39	11. Personalbestand		46
10.2	Tätigkeit der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR)	40			

1. Direktion und Generalsekretariat

Staatsrat, Volkswirtschaftsdirektor: Beat Vonlanthen

Generalsekretär: Christophe Aegerter

1.1 Tätigkeit

1.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Nachdem das Freiburger Stimmvolk am 25. November 2012 die Änderung des Energiegesetzes abgelehnt hatte, wurde dem Grossen Rat im Mai 2013 eine neue Version vorgelegt, die er einstimmig verabschiedet hat. Da kein Referendum dagegen ergriffen wurde, ist die Gesetzesänderung am 1. August 2013 in Kraft getreten.

Weiter auf dem Gebiet der Gesetzgebung hat die Direktion den Gesetzesentwurf über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg (HES-SO//FRG) nach dessen Vernehmlassung Ende 2012 fertig ausgearbeitet. Der Gesetzesentwurf wird dem Grossen Rat Anfang 2014 vorgelegt. Das Dekret über einen Verpflichtungskredit für die Erneuerung der technischen Geräte und Anlagen der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR) wurde vom Grossen Rat an der Novembersession 2013 verabschiedet.

Die Direktion hat ferner im Rahmen des Struktur- und Sparmassnahmenprogramms die Arbeitsgruppe «Projekte und Reformen» präsiert, die rund siebzig vorgeschlagene Massnahmen bearbeitet hat.

1.1.2 Besondere Ereignisse

Das Jahr 2013 stand im Zeichen der Aufbauarbeiten am Technologiepark blueFACTORY: Im März 2013 wurden die Resultate des Städtebauwettbewerbs bekannt gegeben und Ende April wurde eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne abgeschlossen. Diese Vereinbarung bezieht sich auf das inhaltliche Projekt «Smart Living Lab», das sich auf dem Gelände niederlassen wird. Daneben verfasste die Direktion einen Bericht des Staatsrats an den Grossen Rat über die Gründung der Aktiengesellschaft Bluefactory Fribourg-Freiburg SA (BFF SA). Der Grosse Rat hat diesen Bericht an der Junisession 2013 besprochen. Danach hat die Direktion die Arbeiten im Hinblick auf die Gründung der Aktiengesellschaft Anfang 2014 fortgesetzt.

Unter den besonderen Ereignissen ist ausserdem die Ausarbeitung der Sensibilisierungskampagne im Strombereich (OFF-Kampagne) zu erwähnen, die Ende 2013 lanciert wurde und bis Dezember 2015 dauern wird. Die Direktion war ferner an der Krisenbewältigung von zwei grossen Freiburger Unternehmen beteiligt. Eines dieser Unternehmen hat im Dezember 2013 Konkurs angemeldet.

1.2 Kommission für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Die Kommission fällte 2013 insgesamt 23 Entscheide:

- > 12 Bewilligungen
- > 7 Entscheide über die Nichtunterstellung unter die Bewilligungspflicht
- > 3 Aufhebungen von Auflagen
- > 1 Kenntnisnahme vom Rückzug eines Gesuchs

Die 12 Bewilligungen betrafen:

- > 3 Bewilligungen für den Verkauf von Sozialwohnungen
- > 9 Bewilligungen für den Kauf mit der Pflicht zum Verkauf innerhalb von zwei Jahren
- > 9 Ferienwohnungen:

Sektor Jauntal und Berra:	3
Sektor Vivisbach:	3
Sektor Greyerz:	1
Sektor Sense:	2
Sektor Bulle:	0

1.3 Tourismus

Nachdem die Schweizer Hotellerie in den letzten beiden Jahren eine Abnahme der Übernachtungen verzeichnet hatte, registrierte sie im Jahr 2013 wieder eine Zunahme um 2,5 %, das sind 858 000 Übernachtungen mehr. Das Jahresergebnis von 35,6 Millionen Übernachtungen wurde von der inländischen wie von der ausländischen Nachfrage gestützt. Auf die Gäste aus der Schweiz entfallen 15,9 Millionen Übernachtungen, was dem besten Resultat seit 1991 entspricht. Die Übernachtungen der ausländischen Gäste sind um 3,5 % auf 19,7 Millionen Übernachtungen angestiegen.

Die Freiburger Hotellerie folgt dem nationalen Trend und verzeichnet ein neues Rekordjahr. Für das ganze Jahr wurden 16 563 Übernachtungen mehr registriert als 2012 (+3,6 %). Mit insgesamt 456 834 Übernachtungen erreicht der Freiburger Tourismus damit wieder das beste Resultat, das er je verzeichnet hat. Dieses Resultat ist teilweise auf die Eröffnung von Hotelbetrieben zurückzuführen wie dem Hôtel Aux Remparts in Freiburg und dem Schloss La Corbière in Estavayer-le-Lac. Weitere Faktoren, die diese Zunahme der Übernachtungen in Freiburg erklären können, sind der geringere Einfluss des Frankenkurses auf die Nachfrage, da auf die inländischen Gäste 62 % der Übernachtungen entfallen, aber auch die günstigen Preise in Vergleich zu den touristischen Hochburgen der Schweiz, attraktive Pauschalangebote mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis, die günstigen Wetterverhältnisse, die sich positiv auf den Aufenthaltstourismus auswirken, die Ausrichtung der Freiburger Tourismusorte auf den Winter- und den Sommertourismus sowie das dynamische Image, das in den vergangenen Jahren von Fribourg Region namentlich über ihre Guerillamarketing-Aktionen vermittelt wurde.

In der Parahotellerie, die für das Freiburgerland von Bedeutung ist, sich aber hauptsächlich auf Zweitwohnungen abstützt und folglich weniger kommerziell und etwas weniger konjunkturabhängig ist, bleiben die Resultate unverändert bei 1,4 Millionen Übernachtungen. Hinsichtlich der Übernachtungen kann die Gesamtbilanz des Freiburger Tourismus als aussergewöhnlich betrachtet werden, denn sie liegt über den Resultaten des Jahres 2012, das bereits als aussergewöhnlich galt.

Der Ausflugstourismus hängt stark von den Wetterbedingungen ab. Dennoch erklären sich die meisten Regionen und Ausflugsorte mit den erzielten Resultaten zufrieden. Das Maison Cailler in Broc ist die meistbesuchte Attraktion der Westschweiz mit über 386 048 Eintritten, gefolgt vom Papiliorama in Kerzers mit 240 000 Eintritten und den Bains de la Gruyère mit 202 490 Besucherinnen und Besuchern.

Unter den Ereignissen, die das Freiburger Tourismusjahr 2013 besonders – und positiv – prägten, sind ausserdem zu erwähnen:

- > der Beginn oder die Vollendung mehrerer grösserer Bau-, Umbau- und Renovationsvorhaben touristischer Art an verschiedenen Orten in der Region Freiburg: Freiburg, Estavayer-le-Lac, Môtier und Schwarzsee;
- > die Inbetriebnahme der neuen Kombibahn von La Berra, die das Rückgrat des Skigebiets darstellt;
- > die weitere Umsetzung der Vision 2030, der Strategie zur Entwicklung des Freiburger Tourismus, insbesondere mit dem Abschluss des Projekts «Destination Management 3.0», der Organisation der ersten Veranstaltung von PROtourism mit über 170 Teilnehmenden und der Wiedereinführung der «Freiburger Spezialitäten», einer Promotion, an der bis heute 140 Gaststätten mitmachen, die typische Freiburger Spezialitäten anbieten;
- > die Neugestaltung der beiden kantonalen Tourismusinformationsstellen an den Raststätten von Greyerz und Lully und ihre Ausrüstung mit Stelen und interaktiven Terminals;

-
- > die Verwaltung eines touristischen Call Centers am Sitz des Freiburger Tourismusverbands (FTV), das sieben Tage in der Woche von 9 bis 18 Uhr erreichbar ist;
 - > die Vergabe des 6666. Qualitätslabels Stufe II des Schweizer Tourismus an den Freiburger Tourismusverband;
 - > die Bestätigung des FTV als Bildungsbetrieb mit der Anstellung von drei Praktikanten und der Präsenz am Forum START! mit einem Stand, der vollständig von seinen drei Lernenden realisiert wurde;
 - > die Übernahme des Slogans «Eine Tradition voraus!» für die Tourismuswerbung nach Anhörung des Urhebers, des Landwirtschaftlichen Instituts des Kantons Freiburg, und der Eintrag des Angebots von Fribourg Region in die Liste der 100 Traditionen von Schweiz Tourismus;
 - > die Fortsetzung der Werbekampagne auf den online-Märkten: Die mobile Applikation von Fribourg Region wurde über 10 000 Mal heruntergeladen und mit dem GLOBONET eTourism Award 2013 als beste Tourismus-App der Schweiz ausgezeichnet;
 - > die Durchführung zahlreicher Werbekampagnen in der Schweiz, in Deutschland, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Italien und den Vereinigten Staaten durch den FTV in Umsetzung der Marketingstrategie, die insbesondere die Verkaufsförderungsaktion für Tourismuspartner einschloss. Diese Werbekampagnen wurden in Zusammenarbeit mit den regionalen Tourismusorganisationen und den kantonalen Entwicklungsschwerpunkten, aber auch im Rahmen wichtiger Partnerschaften mit Schweiz Tourismus und dem Amt für Tourismus des Kantons Waadt durchgeführt;
 - > die Weiterführung der Aktivitäten des kantonalen Fonds für koordiniertes Tourismusmarketing, der durch das Gesetz vom 13. Oktober 2005 über den Tourismus errichtet wurde, um die Werbeprojekte der regionalen Tourismusorganisationen des Kantons zu unterstützen (Estavayer-le-Lac und Region, Freiburg und Region, Châtel-St-Denis/Les Paccots, La Gruyère, Regionalverband See, Romont und Region sowie Schwarzsee Tourismus);
 - > in Zusammenarbeit mit Schweiz Tourismus und den wichtigsten Freiburger Tourismusregionen und -orten: Empfang von 74 Tourismusmedien und Partnern durch den FTV u.a. aus Australien, Brasilien, Kanada, China, den Vereinigten Staaten, Israel, Malaysia, Thailand, Ukraine, Russland und den meisten europäischen Ländern;
 - > der Betrieb der Websites www.fribourgregion.ch und www.skifribourg.ch sowie der mobilen Applikation von Fribourg Region durch den FTV, der auch die Websites der wichtigsten Tourismusregionen des Kantons zum Freiburger Tourismusangebot koordiniert; der Unterhalt der Facebook-Seite sowie der Twitter-, Flickr-, Instagram- und Pinterest-Konten von Fribourg Region;
 - > die Zusammenarbeit des FTV mit dem Museum für Kunst und Geschichte Freiburg und dem Musée Gruérien, die mit «Dress Code» das erste Pauschalangebot hervorbrachte, das von der Abteilung Incoming Services bereitgestellt wurde;
 - > die Koordination des Empfangs von Bundesrat Johann Schneider-Ammann im Greyerzerland für einen Austausch mit den Tourismuskreisen anlässlich der Bundesfeier;
 - > die vom FTV organisierte und durchgeführte Versammlung der Konferenz der regionalen Tourismusdirektoren im Vieux-Manoir;
 - > die Durchführung verschiedener touristischer Veranstaltungen von nationaler und internationaler Bedeutung in der Region Freiburg, unter anderem die Poya 2013 in Estavannens, die erste Ausgabe der Freiburger Chilbi und die beiden «Slow Ups» um den Murtensee und den Greyerzersee;
 - > die Herausgabe mehrerer Drucksachen und Materialien des FTV für die Freiburger Tourismuswerbung, insbesondere die Broschüre «FRIBOURG REGION – Hauptprospekt», der Hotelführer, die Broschüren «Meeting» und «Highlights», die Panoramakarte, die sehr geschätzte Pocket Card sowie das Wanderprogramm in Zusammenarbeit mit dem Freiburger Wanderverein;

- > die Verwaltung der Reservationsplattform TOMAS (Touristic Online Management System) für die Hotellerie, die Parahotellerie und die Pauschalangebote durch den FTV in Zusammenarbeit mit den regionalen Tourismusorganisationen;
- > die Dienstleistungen der vom FTV betriebenen Freiburger Zentralkasse für die Aufenthaltstaxe zu Gunsten von vierzehn (der insgesamt achtzehn) lokalen Tourismusorganisationen im Jahr 2013;
- > die weiteren Vorbereitungsarbeiten an einem Freiburger Tourismusobservatorium insbesondere mit einer versuchsweisen Datenerhebung in der Parahotellerie;
- > die touristische Nutzung der Freizeitwegnetze von Fribourg Region – gestärkt durch den Zusammenarbeitsvertrag zwischen dem FTV und dem Freiburger Wanderverein;
- > die Koordination und der Unterhalt des 1800 km langen Wanderwegnetzes;
- > die Teilnahme des FTV an verschiedenen Arbeitsgruppen in Verbindung mit dem Tourismus auf kantonaler Ebene (z.B. «Fribourgissima Image Freiburg» unter der Leitung der Staatskanzlei) und auf nationaler Ebene (z.B. «die Kommission Beherbergung von GastroSuisse», «die Kommission für Marktentwicklung» des Schweizer Tourismus-Verbands und «der Beirat des Schweizer Tourismus-Verbands»).

Mit dem ordentlichen Staatsbeitrag für die Tätigkeit des FTV und dem Fonds für koordiniertes Tourismusmarketing der Region, zu dem über 1 350 000 Franken kantonale Aufenthaltstaxen zur Finanzierung der Dienstleistungen für Gäste hinzukamen, wurden im Wesentlichen die touristischen Attraktionen des Kantons bekannt gemacht und die Qualität von Information und Empfang verbessert.

Der Tourismusförderungsfonds des Kantons Freiburg, der am 31. Dezember 2013 einen Saldo von 1 900 907 Franken aufwies, führte seine Aktivitäten fort, mit denen er die Verbesserung der touristischen Infrastruktur fördert und unterstützt.

In diesem Zusammenhang bestätigte der Verwaltungsausschuss früher eingegangene mehrjährige Verpflichtungen in der Höhe von etwa 966 000 Franken und gewährte folgenden Unternehmen ordentliche Finanzhilfen (Zinskostenbeiträge):

- > Hôtel Rive Sud in Estavayer-le-Lac: Renovation des Hotels und Umbau des Nebengebäudes;
- > Gemeinde Bas-Vully: Bau einer Zufahrtsrampe zum Landungssteg von Sugiez für gehbehinderte Personen;
- > Ferienhaus Höfli AG in Jaun: Umbau und Renovation der Sanitäranlagen.

1.4 Interkantonale Zusammenarbeit

Konferenz kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-Westschweiz)

Die VDK-Westschweiz traf sich 2013 zweimal und behandelte insbesondere:

- > das laufende Programm der Neuen Regionalpolitik (NRP) 2012-2015: Die VDK-Westschweiz verfolgte die Entwicklung ihres interkantonalen NRP-Umsetzungsprogramms über die Tätigkeit und die Entwicklung ihrer Fach- und Coachingplattformen;
- > die MWST-Pflicht der Subventionen, die den NRP-Plattformen der VDK-Westschweiz ausgezahlt werden. Mit der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) wurden Verhandlungen über diese Frage geführt, bis das Problem gelöst werden konnte;
- > die Vorbereitungsarbeiten für die NRP 2016+ und die beifällige Kenntnisnahme, dass das von der VDK-Westschweiz entwickelte interkantonale Modell beim nächsten Umsetzungsprogramm von weiteren Regionen übernommen wird;
- > die Frage der Gebiete, die von Steuererleichterungen profitieren können (NRP 2016+);
- > den nationalen Innovationspark;
- > die Offsetgeschäfte im Rahmen der Beschaffung der Gripen und die Organisation dieser Geschäfte sowie die von armasuisse verfolgte Politik bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen;

- > die Projekte der Schweizer Botschaft in Deutschland, um die Westschweiz insbesondere über ihre Cluster- und Innovationspolitik besser bekannt zu machen.

Konferenz kantonalen Energiedirektoren (EnDK)

Im Jahr 2013 traf sich die EnDK zu drei Plenarsitzungen, während der Vorstand sieben Sitzungen abhielt. Die beiden Instanzen behandelten insbesondere:

- > die Verabschiedung der Stellungnahme der Kantone zur Energiestrategie 2050 und die Anhörung der UREK-N zu diesem Thema;
- > die Revision der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEN);
- > die Prüfung, ob der Abschluss eines Energiekonkordats angezeigt ist;
- > die Verhandlungen mit der Europäischen Union über ein Stromabkommen;
- > die neue Vereinbarung für das Gebäudeprogramm;
- > den Gebäudeenergieausweis der Kantone (GEAK);
- > die Strategie der EnDK für die Weiterbildung im Energiebereich;
- > diverse Gesetzesentwürfe oder geplante Massnahmen des Bundes (Strategie Stromnetze des BFE; Bericht des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) zum Übergang vom Förder- zum Lenkungssystem im Energiebereich);
- > Entwicklungen innerhalb der Swissgrid SA (künftiger Strommarkt, Aktionärsstrategie, Vertretung im Verwaltungsrat);
- > die Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverband und dem Verein Minergie sowie die Beziehungen zu Dritten wie die USIC und Gebäude Klima Schweiz.

1.5 Streitfälle

Die Direktion behandelt gestützt auf Artikel 116 Abs. 1 VRG Beschwerden gegen Verfügungen ihrer Dienststellen, sofern das Gesetz keine direkte Beschwerde an das Kantonsgericht vorsieht. Die Situation bei den Beschwerden präsentiert sich 2013 wie folgt:

eingereichte Beschwerden:	33
bearbeitete Beschwerden:	33
<i>davon</i>	
gutgeheissen:	0
teilweise gutgeheissen:	1
abgewiesen:	22
gegenstandslos oder zurückgezogen:	8
unzulässig:	2
am 1. Januar 2014 bei der VWD noch hängig:	15

1.6 Gesetzgebung

1.6.1 Gesetze und Dekrete

- > Gesetz vom 13. Mai 2013 zur Änderung des Energiegesetzes
- > Dekret vom 13. November 2013 über einen Verpflichtungskredit für die Erneuerung der technischen Geräte und Anlagen der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR)

1.6.2 Verordnungen und Reglemente

- > Verordnung vom 27. August 2013 über den Bestand der zivilrechtlichen Bevölkerung der Gemeinden im Kanton Freiburg am 31. Dezember 2012

-
- > Verordnung vom 11. November 2013 zur Festlegung des Zinssatzes der Darlehen im Bereich der regionalen Innovationspolitik

2. Wirtschaftsförderung (WIF)

Direktor: Jean-Luc Mossier

2.1 Tätigkeit

2.1.1 Neuansiedlung von Firmen aus der Schweiz und dem Ausland

Die Wirtschaftsförderung unterstützte im Berichtsjahr die Niederlassung von rund siebzehn neuen Unternehmen im Kanton, von denen sieben aus der Schweiz und zehn aus den folgenden Ländern stammen: Vereinigte Staaten, Frankreich, Belgien, Grossbritannien, Japan und Weissrussland.

Die 2013 im Kanton Freiburg neu angesiedelten Unternehmen beabsichtigen, innert kurzer Frist rund hundert neue Arbeitsplätze und mittelfristig über 600 Arbeitsplätze zu schaffen.

A. Firmen aus dem Ausland

Die Wirtschaftsförderung hat unter der Leitung der GGBa (Greater Geneva Berne area) etwa zehn Kontaktaufnahmen in Frankreich, Deutschland, den Vereinigten Staaten sowie im asiatisch-pazifischen Wirtschaftsraum durchgeführt. Sie hat auch an Fachseminaren und Veranstaltungen teilgenommen, die von Switzerland Global Enterprise (früher: Osec) organisiert wurden, und hat direkte Unternehmensbesuche in anderen Märkten durchgeführt. Die Wirtschaftsförderung traf persönlich rund hundert Unternehmensverantwortliche und rund fünfzig spezialisierte Beraterinnen und Berater und knüpfte zahlreiche Kontakte bei Seminaren und Veranstaltungen.

Im Berichtsjahr hat die Wirtschaftsförderung rund vierzig Unternehmen aus elf Ländern zu Besuch im Kanton Freiburg empfangen. Ein Drittel dieser Unternehmensbesuche fanden auf Vermittlung der GGBa statt. Die Vereinigten Staaten und Frankreich bleiben die wichtigsten Herkunftsländer.

Nach Fortsetzung der Reformen, mit denen das Zusammenarbeitsmodell der GGBa für die Randkantone vorteilhafter gestaltet werden soll, hat der Kanton Freiburg den Leistungsvertrag für 2014 erneuert. Wie bereits im Jahr 2013 leistet der Kanton einen reduzierten finanziellen Beitrag. Die Tätigkeit der GGBa trug 2013 ein Dutzend Besuche von Unternehmen ein und führte zu vier Ansiedlungen, während für Anfang 2014 bereits mehrere Besuche von Unternehmen geplant sind.

Besondere Anstrengungen wurden für die Ausdehnung der Aktivitäten von ausländischen Unternehmen gemacht, die sich in den vergangenen Jahren im Kanton niedergelassen hatten. Die Arbeit der Wirtschaftsförderung endet nämlich nicht mit der Akquisition und Realisierung eines Projekts, sondern beinhaltet auch die langfristige Betreuung der im Kanton niedergelassenen Unternehmen. Ein derartiger Service ist unerlässlich, um den Erfolg einer Niederlassung sowohl für das Unternehmen als auch für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sichern und um die Weiterentwicklung der Unternehmen zu fördern, die sich in unserer Region niedergelassen haben.

B. Neuansiedlung von Schweizer Unternehmen

Nach den herausragenden Projekten mit grossem Arbeitsplatzvolumen, die in den vergangenen Jahren von UCB Farchim in Bulle und Nestlé/Nespresso in Romont angekündigt wurden, konnten im Berichtsjahr zwei neue Grossprojekte für eine Niederlassung im Kanton Freiburg gewonnen werden:

- > Die Firma g2e glass2energy hat sich im Technologiepark Vivier in Villaz-St-Pierre niedergelassen, um ihre revolutionären Solarmodule zu produzieren, die sich auf die Graetzel-Technologie der ETH Lausanne stützen.
- > Die Firma PharmaFocus AG wird ihren Hauptsitz nach Romont verlegen und dort ihr neues Verteilzentrum ansiedeln. PharmaFocus, die im Grosshandel von Pharmaprodukten tätig ist, will 200 Arbeitsplätze im Kanton zu schaffen.

Die zentrale Lage des Kantons Freiburg auf den wichtigsten Verkehrsachsen des schweizerischen Schienen- und Strassennetzes, die Verfügbarkeit von qualifizierten, deutsch-, französisch- oder gar zweisprachigen Arbeitskräften sowie die Verfügbarkeit von Räumlichkeiten und Grundstücken zu bezahlbaren Preisen und die Unterstützung durch eine effiziente Regierung und Verwaltung sind entscheidende Faktoren für die Akquisition derartiger Projekte. Es ist wichtig, diese Trümpfe zu pflegen und auszubauen.

2.1.2 Wirtschaftsförderung im Kanton

A. Kontaktstelle für Unternehmen

Die Kontaktstelle für Unternehmen hat 2013 rund hundert Unternehmen und Projektträger beraten und auf verschiedene Partner der WIF aufmerksam gemacht. Insbesondere der Verein Fri Up und Bürgschaft Freiburg, die Freiburger Antenne der Bürgschaftsgenossenschaft Westschweiz, tragen dazu bei, dass den interessierten Unternehmen bedarfsgerechte Lösungen aufgezeigt werden können. Nebst diesen Kontakten konnten 16 interessierte Unternehmen bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten unterstützt werden.

B. Entwicklung von bestehenden Unternehmen

Über die Hälfte der finanziellen Ressourcen der WIF wird in der Regel für die Unterstützung von Projekten für Unternehmenserweiterungen und für die Entwicklung neuer Produkte eingesetzt.

C. Unterstützung von Unternehmen in Krisensituationen

Die WIF hat auch 2013 mehrere in Schwierigkeiten geratene Industrieunternehmen bei der Suche nach kurz- und mittelfristigen Lösungen unterstützt. Angesichts der angespannten Wirtschaftslage nahm diese Tätigkeit beträchtliche Ressourcen in Anspruch, auch wenn sie nicht zu den Aktivitäten der WIF zählt, die in der Statistik der neu geschaffenen Arbeitsplätze abgebildet werden.

D. Innovationsfonds

Der aus dem Wiederankurbelungsfonds 2010-2013 mit 3 Millionen Franken dotierte Innovationsfonds hat bereits im Oktober 2012 den gesamten bereitgestellten Betrag an elf Projekte zugesprochen. Diese Projekte wurden 2013 weitergeführt. Eines der finanzierten Projekte ist TechTransfer Freiburg, das Technologie-Transfer-Büro der Universität Freiburg, der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg und des Adolphe Merkle Instituts. Bei den anderen Projekten handelt es sich um gemeinsame Forschungsprojekte von Unternehmen und Hochschulen. Der Innovationsfonds unterstützt diese Forschungsprojekte mit einem Betrag von bis zu 300 000 Franken und ermöglicht so die Entwicklung neuer Produkte und die Schaffung neuer Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung.

E. Bürgschaft Freiburg

Im Jahr 2013 konnten 19 Freiburger Unternehmen mit Bürgschaften der Freiburger Antenne der Bürgschaftsgenossenschaft Westschweiz unterstützt werden. Dabei wurden Bürgschaften von insgesamt über 4,1 Millionen Franken gewährt.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Anzahl der unterstützten Projekte um über 50 % gesteigert und die dabei insgesamt gewährte Bürgschaftssumme mehr als verdoppelt werden (+140 %). Diese Steigerung ist nicht zuletzt auf den erhöhten Bekanntheitsgrad der Bürgschaft Freiburg insbesondere bei den Banken zurückzuführen.

F. Frühstücks-Treffen der Wirtschaftsförderung

In Zusammenarbeit mit der Stiftung KMU wurde am 19. November 2013 in Düringen ein Frühstücks-Treffen zum Thema «KMU Nachfolgeplanung: Wie leite ich diesen Prozess richtig ein?» durchgeführt. An dieser Veranstaltung haben rund 40 Personen teilgenommen.

2.1.3 Gründung von Unternehmen

A. Innovationsquartier blueFACTORY

Die WIF hat 2013 das Projektmanagement von blueFACTORY fortgesetzt. Der Direktor der WIF ist als Projektleiter tätig, während eine erfahrene Mitarbeiterin speziell für die alltägliche Kommunikation und den Betrieb des Geländes angestellt wurde. Ein Büro für den Betrieb von blueFACTORY wurde eröffnet, damit das Tagesgeschäft am Projekt erledigt werden kann.

Das Gründerzentrum Fri-Up, das Ende 2012 als erster Mieter eingezogen ist, hat mit etwa dreissig Personen den Betrieb auf dem blueFACTORY-Gelände aufgenommen. Rund zehn Start-ups sind nachgezogen, so dass sich auf dem Gelände heute knapp siebzig Arbeitsplätze befinden. So zählt das Innovationsquartier blueFACTORY bereits im Anfangsstadium mehr Arbeitsplätze als die Cardinal-Brauerei zum Zeitpunkt ihrer Schliessung. Auch das Leben auf dem Gelände nimmt schon eine erfreuliche Dynamik an.

Im Berichtsjahr hat eine Zahl von Technologieplattformen ihre Planung und Entwicklung stark vorangetrieben. Diese Plattformen, die zu den ersten Mietern des Quartiers zählen, müssen als Magnete dienen, die andere Aktivitäten von komplementären Unternehmen anziehen und auf diese Weise das Wachstum ankurbeln. Zurzeit gibt es vier Plattformen:

- > SLL - Smart Living Lab: Forschungszentrum zum Wohnen der Zukunft. In Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne und ihrer künftigen Freiburger Antenne, der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR) und der Universität Freiburg (UniFR).
- > SICHH – Swiss Integrative Center for Human Health: Zentrum für technologische Dienstleistungen im Bereich der Humanmedizin. Das Zentrum hat die Form einer AG, deren Gründungsaktionär die UniFR ist. Es wird mit hochtechnologischen medizinischen Geräten ausgestattet (DNA-Sequencer, Datenzentrum, elektronisches Mikroskop, 3D-Simulator usw.) und mit qualifiziertem Personal dotiert.
- > Innosquare: Dienstleistungszentrum im Bereich Innovation für die regionale Industrie. Eine Initiative der HTA-FR und der Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW-FR).
- > BioFactory: Kompetenzzentrum für die Herstellung von Bio-Pharmaka, insbesondere mit dem Auftrag der Weiterbildung in diesem Spitzenbereich der Schweizer Industrie.

Die WIF hat 2013 die Entwicklung dieser Plattformen aktiv unterstützt. Die Finanzhilfe des Staats für die Lancierung dieser Plattformen wird zurzeit von einer Arbeitsgruppe geprüft, die vom Staatsrat ernannt wurde. Die offiziellen Anträge um Finanzhilfe werden 2014 gestellt werden.

Im Hinblick auf den Nutzungsplan des neuen Innovationsquartiers blueFACTORY war das herausragende Ereignis des Jahres 2013 das Resultat des Städtebauwettbewerbs, das in grossen Zügen die Raumnutzung des künftigen Quartiers definierte. Zurzeit wird der Masterplan ausgearbeitet, der im Sommer 2014 in die öffentliche Auflage des kantonalen Nutzungsplans (KNP) münden wird.

Im Jahr 2013 wurden wichtige Etappen für die Gründung der Aktiengesellschaft BlueFactory Fribourg-Freiburg SA zurückgelegt. Die Gründungsunterlagen und der Auftrag der AG (Statuten, Aktionärsvertrag, Nutzungsleitbild) wurden von der Projektgruppe unter der Leitung der WIF definiert. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats und des strategischen Beirats wurde Ende 2013 festgelegt.

B. Seed Capital Freiburg

Die mit einem Kapital von 2 Millionen Franken dotierte Stiftung, die auf den Plan zur Stützung der Wirtschaft des Kantons Freiburg zurückgeht, wurde im März 2010 auf Anstoss des Kantons gegründet. Sie hat zum Ziel, kurz vor der Gründung stehende Unternehmen, insbesondere Spin-offs der Fachhochschulen und der Universität mittels Darlehen finanziell zu unterstützen (max. 200 000 Franken). Sie verfügt über einen unabhängigen Stiftungsrat, in dem die WIF vertreten ist. Ein externer Auftragnehmer bereitet die Dossiers vor, die dem Stiftungsrat zum Entscheid vorgelegt werden. Bis heute konnten zehn Unternehmen von dieser Unterstützung profitieren (2013 sind drei neue

Unternehmen dazu gestossen). Alle sind noch aktiv. Sie haben 27 direkte Arbeitsplätze geschaffen und konnten insgesamt über 7,5 Millionen Franken zusätzliche Mittel bei anderen Investoren freisetzen. Im Jahr 2013 hat ein Unternehmen das Darlehen zurückgezahlt und das Programm verlassen. Ausserdem wurde eine Spendenkampagne zur Beschaffung weiterer finanzieller Mittel durchgeführt, um den Fortbestand dieses Instruments sicherzustellen. Vier Partnerschaften werden zurzeit aufgebaut.

C. Risiko Kapital Freiburg AG

Die Risiko Kapital Freiburg AG (RKF AG) ist eine Aktiengesellschaft, deren Aktionäre sich aus dem Staat Freiburg, der Groupe E, der Freiburger Kantonalbank und der Pensionskasse des Staatspersonals des Kantons Freiburg zusammensetzen. Sie verfügt über einen Verwaltungsrat, in dem die WIF vertreten ist.

Die Zahl der eingereichten Dossiers und ihre Qualität haben generell zugenommen, was sehr erfreulich ist und zeigt, dass die Unternehmensgründungen eine positive Dynamik angenommen haben, die wahrscheinlich teilweise in Verbindung mit dem blueFACTORY-Projekt steht.

Grössere Investitionen wurden zur Unterstützung von Wirtschaftsförderungsaktionen getätigt, wie etwa in die Firma g2e (glass2energy sa), die sich 2013 in Villaz-St-Pierre niedergelassen hat. Bei dieser Art von Aktionen erweist sich die RKF AG als ein wirkungsvolles finanzielles Instrument der Wirtschaftsförderung.

Ebenfalls eine einschneidende Entwicklung in der Tätigkeit der RKF SA im Jahr 2013 stellen die Beteiligungen als Mitinvestor dar, die im Rahmen von grösseren Finanzierungsrunden zusammen mit weiteren Finanzpartnern über die Kantonsgrenzen hinaus beschlossen werden. Dies zeigt, dass die neuen Unternehmen einen stetig höheren Finanzierungsbedarf mit immer ehrgeizigeren Businessplänen haben.

2.1.4 Neue Regionalpolitik

Das Umsetzungsprogramm für die 2. Phase der neuen Regionalpolitik (NRP) von 2012 bis 2015 stützt sich auf das Gesetz über die Wirtschaftsförderung und unterscheidet drei Aktionsbereiche: den kantonalen, den interkantonalen und den grenzüberschreitenden Bereich.

Im Bereich der kantonalen Strategie hat die NRP 2013 dazu beigetragen, inhaltliche Projekte auf dem Gelände des Freiburger Innovationsquartiers blueFACTORY zu lancieren. So wurde dem Swiss Integrative Center for Human Health (SICHH) eine Finanzhilfe gewährt. Dieses Projekt einer öffentlich-privaten Partnerschaft fällt klar in den Bereich der Förderung der technologischen Innovation und zielt darauf ab, Unternehmen, Wissenschaftlern und Klinikern moderne Ausrüstung und spezielles Fachwissen in den Bereichen Medizintechnik (MedTech), Biotechnologie (BioTech), Pharma sowie auf allen Gebieten der Humanmedizin zur Verfügung zu stellen.

Im Bereich der industriellen Ökologie sind zwei Projekte zu interessanten Resultaten gekommen. Die Ökologiestudie zum Aktivitätspark Moncor hat es erlaubt, den Verein «Association des acteurs du Parc d'activités de Moncor» zu gründen und ein Projekt für einen gemeinsamen Mobilitätsplan der Unternehmen des gesamten Parks anzustossen. Beim zweiten Projekt handelt es sich um das KMU-Modell: Die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) bietet einen Energie-Check-up, mit dem unter der Leitung von Cleantech Freiburg die Freiburger KMU angespornt werden, wirtschaftliche Energiesparmassnahmen umzusetzen. Bereits drei Unternehmen haben eine Vereinbarung mit der EnAW abgeschlossen und 25 weitere interessieren sich für den Abschluss einer derartigen Vereinbarung.

Ein Schwerpunkt der kantonalen NRP-Strategie im Tourismusbereich beinhaltet die touristische Nutzung der gastronomischen und kulinarischen Spezialitäten des Kantons Freiburg. So wurde vom 20. bis 22. September 2013 erstmals eine kantonale Chilbi durchgeführt. 15 000 Personen nahmen an diesem Fest im Herzen der Stadt Freiburg teil. Angesichts dieses ersten Erfolgs wird ein Turnus eingeführt, damit jede Region einmal zum Zug kommt und ihren Charme zeigen kann. Das Fest wird 2014 im Greyerzbezirk stattfinden.

Die NRP bezweckt ferner, die Zusammenarbeit zwischen den Tourismusakteuren zu begünstigen. So vertritt der Regionalverband See (RVS) den Kanton Freiburg bei der Fortsetzung des interkantonalen Projekts Jura & Drei-Seen. Diese Destination ist die grösste, jüngste und vielseitigste der Schweiz und erstreckt sich über sechs Kantone (BE,

JU, NE, SO, FR, VD). Um aus dieser Region eine starke Tourismusdestination mit soliden Strukturen zu machen, zielt das Projekt im Zeitraum 2012-2015 darauf ab, eine gemeinsame Kultur aufzubauen, indem ein Masterplan erstellt, die Organisation angepasst und neue Tourismusprodukte geschaffen werden.

Im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurden fünf Projekte genehmigt. Es handelt sich dabei um die touristischen Projekte *Itinérance lémanique* und *Terra Salina* sowie die wirtschaftlichen Projekte AlpCluster2020, SCRF und *Transmission des savoir-faire* (Austausch von Know-how). Mit diesen Projekten erhält die Regionalpolitik eine europäische Dimension und ermöglicht den Austausch zwischen Grenz- und Alpenregionen.

Im Rahmen der Arbeiten in Verbindung mit dem Programm Interreg V, das am 1. Januar 2014 startet, wurde dem Kanton Freiburg angeboten, Vollmitglied zu werden. Der Kanton Freiburg, der bis jetzt als benachbartes Gebiet galt, wird dank seiner neuen Stellung Projekte direkt und ohne Umweg über einen anderen Kanton vorlegen können. Der Kanton Freiburg hat erstmals bei der Ausarbeitung des Programms für die territoriale Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Schweiz mitgewirkt.

2.2 Die Unterstützungsmassnahmen in Zahlen

Auf Beschluss des Freiburger Staatsrats publiziert die WIF in ihrem Jahresbericht neu auch Informationen über die zugesprochenen Fördermassnahmen und die Auswirkungen der gewährten Steuererleichterungen.

2.2.1 Unterstützung der Unternehmen

A. Finanzhilfen

Von den 22 realisierten Projekten im Jahr 2013 erhielten drei Unternehmen eine finanzielle Unterstützung. Die gewährte finanzielle Unterstützung beziffert sich auf insgesamt maximal 650 000 Franken. Die Auszahlung der finanziellen Beiträge erfolgt dabei in Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der Unternehmen und wird auf mehrere Jahre aufgeteilt.

Laufende direkte Beiträge nach Gesetz über die Wirtschaftsförderung (WFG):

	Betrag der finanziellen Beiträge (Fr.)
Finanzielle Beiträge für Unternehmen im Jahr 2013:	2 249 645
Finanzielle Beiträge für Unternehmen im Jahr 2012:	4 097 872

Stand der Bürgschaften nach WFG:

Bürgschaften gemäss Bonny-Beschluss	Anzahl	Betrag (Fr.)
Stand am 31.12. 2013	5	1 476 125

B. Steuererleichterungen

Sechs Unternehmen kamen in den Genuss von Steuererleichterungen. Es wurde keinem Unternehmen eine vollständige Steuerbefreiung von den Ertrags- und Kapitalsteuern gewährt. Steuererleichterungen betreffen nur die Kantons- und Gemeindesteuern, denn seit 2011 können im Kanton Freiburg keine Steuererleichterungen mehr auf Bundesebene gewährt werden.

Anzahl Unternehmen mit einer laufenden Steuererleichterung:

2011	2012	2013
74	66	63

Aus der Tabelle geht hervor, dass die Anzahl Unternehmen, die von einer Steuererleichterung profitieren, kontinuierlich abnimmt. Dies kann damit erklärt werden, dass in den jeweiligen Jahren die Anzahl neuer Steuererleichterungen geringer ist, als die Anzahl der auslaufenden Steuererleichterungen.

C. Steuerliche Auswirkungen der für die Steuerperiode 2011 angewandten Steuererleichterungen

Die kantonale Steuerverwaltung hat im Verlaufe des Jahres 2013 die ordentliche Veranlagung für die Steuerperiode 2011 abgeschlossen. Aufgrund dieser Informationslage können erst die steuerlichen Auswirkungen für diese Periode aufgezeigt werden.

Die nachfolgende Tabelle gibt die Auswirkungen der gewährten Steuererleichterungen auf die Steuereinnahmen des Kantons für die Steuerperiode 2011 wieder (74 Unternehmen). Die Steuereinnahmen umfassen sowohl die Kantonssteuern (Kapital- und Gewinnsteuer), als auch den Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer (17 % der erhobenen direkten Bundessteuer).

Es werden drei Informationsebenen unterschieden. Die «Bruttoquote» entspricht den möglichen Steuereinnahmen des Kantons, wenn sich die betreffenden Unternehmen im Kanton angesiedelt oder erweitert hätten, ohne von Steuererleichterungen zu profitieren. Diese Situation ist ziemlich hypothetisch, da mehrere dieser Unternehmen ihre Vorhaben ohne Erleichterung vielleicht nicht in unserem Kanton realisiert hätten. Unter «Auswirkungen der Erleichterungen» sind die aufgrund der gewährten Erleichterungen nicht eingenommenen Steuerbeträge aufgeführt. Die «Nettoquote» entspricht schliesslich den effektiven Steuereinnahmen von Unternehmen, die von einer teilweisen Steuererleichterung profitierten.

Bruttoquote in Mio.	Auswirkungen der Erleichterungen	Nettoquote
95 981	-60 888	35 093

Aus der Tabelle geht hervor, dass den 74 Unternehmen, die in der Steuerperiode 2011 von einer Steuererleichterung profitieren konnten, ein Steuerbetrag von 60,888 Millionen Franken erlassen wurde. Die Mehrheit dieser Unternehmen hätte ihr Projekt ohne Steuererleichterung wohl nicht im Kanton Freiburg realisiert und somit wären dem Kanton Freiburg Steuereinnahmen in der Höhe von 35,093 Millionen Franken entgangen.

2.3 Neue Regionalpolitik

Das Umsetzungsprogramm der Neuen Regionalpolitik (NRP) 2012-2015 verfügt über ein Budget von 29,4 Millionen Franken. Im Jahr 2013 wurden 10 Projekte über einen Betrag von 1,3 Millionen Franken genehmigt.

2.3.1 Neue Regionalpolitik (NRP) 2012-2015: Finanzbeiträge und verfügbare Mittel am 31.12. 2013 (in Fr.)

	Bund	Kanton	Total Finanzierung	Bewilligt	Verbleibender Saldo
Finanzbeiträge					
Kantonale Strategie	4 600 000	8 944 170	13 544 170	11 632 485	1 911 685
Interkantonale Strategie	2 030 000	2 030 000	4 060 000	3 060 000	1 000 000
Grenzüberschreitende Strategie	400 000	400 000	800 000	229 472	570 528
Total	7 030 000	11 374 170	18 404 170	14 921 957	3 482 213
Rückzahlbare Darlehen					
Kantonale Strategie	4 900 000	6 100 000	11 000 000	1 340 000	9 660 000
Total kantonales Mehrjahresprogramm	11 930 000	17 474 170	29 404 170	16 261 957	13 142 213

3. Amt für den Arbeitsmarkt (AMA)

Dienstchef: Charles de Reyff

3.1 Ordentliche Tätigkeit

Die Tätigkeit des AMA war insbesondere geprägt von der Einführung der Integrationspools+ im März 2013. Diese intensive Betreuungsmassnahme richtet sich an stellensuchende Personen, die Sozialhilfe beziehen und keinen Anspruch auf Leistungen im Sinne der Arbeitslosenversicherung (AVIG) haben oder ihren Anspruch ausgeschöpft haben. Das Amt hat zudem das Anmeldedispositiv für die stellensuchenden Personen in den RAV verbessert, das im November 2012 in Betrieb genommen wurde. Des Weiteren hat das AMA Massnahmen eingeführt, um die durch seine Tätigkeit verursachten Auswirkungen auf die Umwelt drastisch zu reduzieren (Abfallrecycling, Verringerung des Energieverbrauchs, Optimierung der Dienstfahrten usw.). Es stützte sich dabei auf die Bestimmungen der vom Staatsrat beschlossenen Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung.

3.2 Abteilung Arbeitslosigkeit

3.2.1 Arbeitslosenversicherung

Die Arbeitslosenquote im Kanton ist von 3,1 % im Januar auf 3,3 % im Dezember angestiegen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2013 beläuft sich auf 2,7 % der erwerbstätigen Bevölkerung (2,4 % im Jahr 2012). Sie liegt damit unter dem Schweizer Durchschnitt (3,2 %). Die Stellensuchendenquote hat sich parallel zur Arbeitslosenquote entwickelt und ist von 5,1 % zu Jahresbeginn auf 5,4 % im Dezember gestiegen. 2013 schöpften 1279 Personen ihren Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus (2011 waren es 1110).

3.2.2 Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV)

Der Kanton zählt drei RAV: das RAV Zentrum für den Saanebezirk, das RAV Süd mit seinen drei Anlaufstellen im Glane-, im Greyerz- und im Vivisbachbezirk und das RAV Nord mit seinen drei Anlaufstellen im Broye-, im See- und im Sensebezirk. Das AMA hat in jedem RAV eine Vermittlungszentrale eingerichtet. Ziel dieser Vermittlungszentralen ist es, eine zentralisierte Dienststelle für die Verwaltung der offenen Stellen zu betreiben und so die Zusammenarbeit mit den Unternehmen sicherzustellen. Seit März 2013 beherbergt jedes RAV einen Integrationspool+, in dem jeweils eine Personalberaterin oder ein Personalberater und eine Sozialarbeiterin oder ein Sozialarbeiter zusammenarbeiten, um Langzeitstellensuchende bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

3.2.3 Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)

Der AMM-Sektor stellt den RAV Mittel zur Verfügung, die es ihnen ermöglichen, die Vermittlungsfähigkeit der Stellensuchenden zu steigern. Er sorgt für ein ausreichendes Angebot an Beschäftigungs- und Bildungsmassnahmen sowie an speziellen Massnahmen, die auf die Bedürfnisse der stellensuchenden Personen zugeschnitten sind: Kurse, Praktika, Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) usw. Auf organisatorischer Ebene war das Jahr 2013 geprägt von der Einführung des neuen AMM-Richtplans des AMA (3-Jahresplan) und eines jährlichen AMM-Aktionsplans sowie von der Konsolidierung des internen Kontrollsystems. Ferner wurden neue Brückenangebote für Jugendliche geschaffen und die Massnahmen in den Bereichen Bürotechnik und Deutsch optimiert.

A. Beschäftigungsmassnahmen

Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) sollen die rasche und nachhaltige berufliche Eingliederung oder Wiedereingliederung der Versicherten erleichtern. Sie bieten realitätsnahe Tätigkeiten und entsprechen möglichst genau der Ausbildung und den Fähigkeiten der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger und der Situation auf dem Arbeitsmarkt. Im Jahr 2013 wurden 1998 PvB bewilligt (1982 im Vorjahr). Von diesen PvB wurden 65 % bei einem vom AMA subventionierten Anbieter durchgeführt; 16 % fanden bei einer nicht

gewinnorientierten Institution statt und 19 % bei Gemeinden, bei einer Dienststelle des Staates oder bei einem ausserkantonalen Anbieter.

Die Motivationssemester (SEMO) und die Strukturen, die Berufsvorbereitungsmassnahmen (PreFo) anbieten, kombinieren Beschäftigung und Ausbildung. Sie sollen arbeitslose Jugendliche bei der Wahl einer Berufsbildung unterstützen. Im Schuljahr 2012-2013 haben 325 (317) Jugendliche an einem SEMO/PreFo teilgenommen, das durchschnittlich 5,5 Monate dauerte.

Insgesamt wurden 71 (40) Beschäftigungsmassnahmen in Form von Berufspraktika durchgeführt, die es den versicherten Personen ermöglichen, Berufserfahrung zu sammeln oder wieder in ihren Beruf und die Arbeitswelt einzusteigen.

B. Bildungsmassnahmen

In den Plattformen und den Kursen sollen die Kenntnisse der Stellensuchenden eingeschätzt, gesteigert und zertifiziert werden. Gesamthaft wurden 5309 (4726) Massnahmen in verschiedenen Bereichen bewilligt (Bewerbungstechnik: 42 %; Sprachen: 37 %; Informatik: 8 %; andere Kurse: 13 %).

Die kaufmännische Praxisfirma (KPF), ebenfalls eine Bildungsmassnahme, ermöglicht es den Versicherten, in einem Unternehmen zu arbeiten, dessen Organisation und Bestellungsverwaltung derjenigen eines privaten Unternehmens entspricht. Die beiden Freiburger KPF konnten im Verlaufe des Jahres insgesamt 175 (193) Versicherte aufnehmen.

Gesamthaft wurden 849 (686) Ausbildungspraktika und Schnupperlehren besucht, die es den Versicherten ermöglicht haben, sich weiterzubilden oder ihre eigenen Fähigkeiten und die Anforderungen einer Stelle einzuschätzen.

C. Spezielle Massnahmen

Die 524 (428) bewilligten speziellen Massnahmen bestanden zu 63 % aus Einarbeitungszuschüssen, zu 22 % aus Beiträgen zur Förderung der selbständigen Erwerbstätigkeit, zu 9 % aus Ausbildungszuschüssen und zu 6 % aus Beiträgen an Reisekosten.

D. AMM-Budget

Das AMM-Budget umfasst die Bildungs- und die Beschäftigungsmassnahmen. Nicht darin enthalten sind die speziellen Massnahmen, deren Budget direkt vom SECO verwaltet wird. Im Jahr 2013 wurden 39,5 % des AMM-Budgets für Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB), 30,5 % für Bildungsmassnahmen (Kurse, kaufmännische Praxisfirmen) und 30 % für Motivationssemester (SEMO) bereitgestellt.

E. Qualifizierungsprogramme (QP-BAMG)

Das kantonale Gesetz über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG) sieht eine Massnahme zur beruflichen Wiedereingliederung vor, deren Ziel es ist, die berufliche Wiedereingliederung von ausgesteuerten stellensuchenden Personen zu unterstützen, indem ihnen eine qualifizierende Beschäftigung bei einem Unternehmen, einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft oder einer nicht gewinnorientierten Institution oder Stiftung geboten wird. Von den 115 (94) bewilligten Verträgen für QP-BAMG gingen 57 % (56 %) an nicht gewinnorientierte Institutionen oder Stiftungen, Gemeinden und Dienststellen des Kantons und 43 % (44 %) an private Unternehmen. Die Verträge dauerten durchschnittlich ungefähr 3,7 Monate. Es konnte eine Person im Rahmen eines QP-BAMG-Vertrags angestellt werden, um die Betreuung der Teilnehmenden von PvB bei subventionierten Anbietern sicherzustellen.

3.2.4 Ombudsstelle

Stellensuchende können bei Streitigkeiten mit den RAV, den Arbeitslosenkassen oder dem Rechtsdienst die Dienste eines Ombudsmanns in Anspruch nehmen. Dieser ist direkt dem Generalsekretariat der VWD unterstellt. Im Jahr 2013 wurden 74 (78) Einsätze erfasst.

3.2.5 Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)

Immer mehr Personen haben nicht nur Probleme im Bereich der Arbeitslosigkeit, sondern sind gleichzeitig auch mit gesundheitlichen Problemen und sozialen Schwierigkeiten konfrontiert, was ihre Rückkehr in den Arbeitsmarkt erschwert und zu Ungewissheit und sozialer Ausgrenzung führen kann.

Um die betroffenen Personen zu unterstützen, nutzen die RAV, die kantonale IV-Stelle und die regionalen Sozialdienste (RSD) eine gemeinsame Strategie: die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ). Die kantonale IIZ-Kommission wird vom Staatsrat ernannt und ist beauftragt, das IIZ-Betreuungssystem im Kanton zu organisieren und die Erfolgskontrolle zu gewährleisten.

Im Jahr 2013 nahmen die RAV in 42 (30) Fällen die Hilfe der IIZ und der Informatikplattform zur Verwaltung der einzelnen Fälle (CaseNet) in Anspruch, wobei es sich insgesamt um 31 (24) komplexe Fälle handelte.

3.2.6 Unterstützung für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung

Das AMA unterstützt die Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung (KJS) bei der Erfüllung ihrer Aufgabe, nämlich beim Betrieb der Einrichtung und der Entwicklung von neuen unterstützenden Massnahmen. Das Amt stellt der KJS insbesondere einen Projektleiter und eine Person für die Leitung des administrativen Bereichs zur Verfügung.

Die Erleichterung der beruflichen Eingliederung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten wurde als eine der Prioritäten ins Regierungsprogramm 2012-2016 aufgenommen. 2013 hat der Staatsrat den zweiten Bericht der KJS veröffentlicht, in dem die Situation der Jugendlichen mit Schwierigkeiten im Kanton beurteilt und der voraussichtliche finanzielle Bedarf für die kommenden Jahre dargelegt wird.

Im Jahr 2013 konzentrierte sich die Arbeit der KJS auf die Entwicklung der neuen Massnahme «Zukunft 20-25» für junge Erwachsene ohne Ausbildung, die Beurteilung des «Case Managements» und die Ausgestaltung der Plattform Jugendliche (zu deren Verstärkung eine Koordinatorin bezeichnet und eine Unterstützung für die administrativen Aufgaben gewährt wurde).

3.2.7 Organisation und Projekte

Die Abteilung hat ein internes Kontrollsystem (IKS) im Amt eingeführt. Die Tätigkeiten der verschiedenen Abteilungen sind nun in einem Qualitätsmanagementsystem systematisch erfasst und die Umsetzung der Ziele wird durch den Systemwartungsprozess gewährleistet.

Im Rahmen des Umstiegs auf MS Office 2010 wurden alle Dokumente, die den RAV zur Verfügung stehen, angepasst, damit diese mit der Plattform des Bundes AVAM kompatibel sind.

Im Rahmen des Projekts «Nachhaltige Entwicklung» wurden mehrere Massnahmen eingeführt. Dazu zählen unter anderem ein optimiertes Abfallrecycling an allen Standorten des AMA und ein Mobilitätsplan, der eine Carsharing-Pilotphase in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen Mobility beinhaltet.

Die Projektleiterinnen und -leiter werden geschult und bei der Führung ihrer Projekte unterstützt. Zu diesen Projekten zählten 2013 die Erstellung eines Konzepts für die Intervision, die Anmeldung zur Arbeitslosigkeit in den RAV, die Organisation der Statistiken und die Überarbeitung des Intranetportals für die arbeitsmarktlichen Massnahmen.

3.3 Abteilung Arbeitsmarkt

3.3.1 Arbeitsinspektorat

Durch seinen Einsatz (Kontrollen, Audits, Beratung, Information, Ausbildung, Sensibilisierung) sorgt das Arbeitsinspektorat für eine korrekte Umsetzung der Vorschriften in den Bereichen des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit am Arbeitsplatz sowie im Bereich der Arbeits- und Ruhezeiten der 120 000 Vollzeitstelleneinheiten im Kanton.

Im Bereich des Arbeitnehmerschutzes kontrollierten die Arbeitsinspektoren 307 (395) Betriebe, dies zum Teil in Zusammenarbeit mit dem SECO (dem Eidgenössischen Arbeitsinspektorat) und der Schweizerischen

Unfallversicherungsanstalt (SUVA). Diese Kontrollen wurden ganz oder teilweise von der Eidgenössischen Koordinationskommission zur Arbeitssicherheit (EKAS) vergütet. Das Arbeitsinspektorat hat ebenfalls 35 (26) Audits nach dem ASA-System durchgeführt (Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit), bei denen die Organisation und das Management der Sicherheit am Arbeitsplatz in den Unternehmen untersucht wurden.

Im Zusammenhang mit der Asbestproblematik hat sich das Inspektorat gemeinsam mit der SUVA, dem Amt für Umwelt (AfU) und dem Bau- und Raumplanungsamt (BRPA) aktiv an der Fertigstellung des neuen Arbeitsablaufs beteiligt, der beschreibt, welche Untersuchungen vor der Aufnahme der Arbeiten durchgeführt werden müssen. Neu muss für alle Abbrucharbeiten und baulichen Massnahmen an Gebäuden, die vor 1993 erstellt wurden, eine Gebäudediagnostik vorgelegt werden. Seit November 2013 erstellt das Inspektorat für alle Dossiers, für die eine derartige Diagnostik verlangt wird, ein Gutachten.

In Zusammenarbeit mit dem Interkantonalen Labor für Gesundheit am Arbeitsplatz (LIST) führte das Arbeitsinspektorat Untersuchungen zur Hygiene am Arbeitsplatz durch. Dabei wurde namentlich die Exposition gegenüber Staub, Lösungsmittel und Kobalt kontrolliert.

Das Arbeitsinspektorat erteilt kurzfristige Bewilligungen (unter sechs Monaten) für Abweichungen von der wöchentlichen Normalarbeitszeit, während das SECO über Bewilligungen für Abweichungen von mehr als sechs Monaten entscheidet. Die meisten Gesuche stammen aus dem Baugewerbe und dem Vertriebssektor.

Das Arbeitsinspektorat hat im Rahmen seiner Zuständigkeiten insgesamt 22 (31) Gesuche abgelehnt, mit denen überwiegend Bewilligungen für Sonntagsarbeit und für Arbeit an Feiertagen beantragt wurden.

Das Register der Industriebetriebe wurde folgendermassen angepasst: zwei Befreiungen, eine neue Unterstellung und eine Änderung der Unterstellung wurden ausgesprochen.

	Bewilligungen erteilt durch das AMA		Bewilligungen erteilt durch das SECO	
	2012	2013	2012	2013
Nachtarbeit	71	99	136	151
Sonntagsarbeit	105	124	132	139
Durchgehender Betrieb	1	1	6	4
Dreischichtige Arbeit	3	9	-	-
Total	180	233	274	294

Alle von Industriebetrieben im Kanton durchgeführten Vergrößerungs- und Umbauarbeiten müssen vom Arbeitsinspektorat genehmigt werden, das anschliessend auch die Betriebsbewilligung erteilt. Bei nichtindustriellen Betrieben gibt das Inspektorat im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens eine Stellungnahme ab.

	2012	2013
Vergrößerungen (Umbau) von Industriebetrieben	19	21
Betriebsbewilligungen	17	11
Nichtindustrielle Betriebe	659	611
Total	695	643

3.3.2 Beobachtung des Arbeitsmarkts

Der Kanton Freiburg nahm an verschiedenen Erhebungen des Westschweizer und Tessiner Organs zur Beobachtung des Arbeitsmarkts (ORTE) teil:

- > Quartalsbroschüre zu den Entwicklungsindikatoren der Arbeitslosigkeit in der Westschweiz nach Wirtschaftszweig (Januar, April, Juli, Oktober 2013);
- > Entwicklung der Temporärarbeit in der Westschweiz (Oktober 2013), diese Studie wird vom SECO auf Deutsch übersetzt;
- > Aktualisierung der ORTE-Erhebung zu «Arbeitslosigkeit und Nationalität» (September 2013);
- > Vierteljährliches Bulletin des Arbeitsmarktobservatoriums des Kantons Freiburg (Januar, April, Juli, Oktober 2013).
- > Halbjährliches Bulletin des Arbeitsmarktobservatoriums des Kantons Freiburg (Januar, Juli 2013).
- > Jahresbulletin des Arbeitsmarktobservatoriums des Kantons Freiburg (Januar 2013).

Das Arbeitsmarktobservatorium des Kantons Freiburg war überdies an verschiedenen Projekten beteiligt. Dazu gehörten die Führung der Statistiken des AMA sowie die Erstellung von Berichten für das SECO und die Unterkommission für die Arbeitsmarktüberwachung.

3.3.3 Kantonales Organ für die wirtschaftliche Landesversorgung

Die Tätigkeit dieses kantonalen Organs ergibt sich aus der Anwendung des kantonalen Gesetzes über die wirtschaftliche Landesversorgung (WLG), das am 1. Mai 2012 in Kraft getreten ist. Die Kantone sind insbesondere aufgerufen, mit dem Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung in drei bestimmten Bereichen zusammenzuarbeiten, nämlich bei der Lebensmittelrationierung, der Heizölbewirtschaftung und der Treibstoffrationierung. Für die örtliche Umsetzung der Weisungen des Bundes und des Kantons im Bereich der wirtschaftlichen Landesversorgung sind die Gemeinden zuständig.

Gemäss Artikel 3 WLG wird ein kantonales Organ geschaffen, das der VWD angegliedert ist und dessen Mitglieder vom Staatsrat ernannt werden. Charles de Reyff, Dienstchef des AMA, leitet dieses Organ.

3.3.4 Kantonale Einigungsstelle für kollektive Arbeitsstreitigkeiten (ESKA)

Die von alt Staatsrat Michel Pittet geleitete Einigungsstelle hat im Rahmen eines Konflikts zwischen Sozialpartnern vermittelt.

3.3.5 Abkommen über den freien Personenverkehr (FZA)

Das AMA sorgt aktiv für die Umsetzung der flankierenden Massnahmen des FZA. Der Sektor Arbeitsmarktüberwachung ist für die Arbeitsmarktinspektion und die Beobachtung des Arbeitsmarkts zuständig.

Er kontrolliert auf Freiburger Kantonsgebiet die Arbeitnehmenden, die von ausländischen Unternehmen in die Schweiz entsandt werden, die selbständigen Dienstleistungserbringer sowie die EU-Bürger, die bei Schweizer Arbeitgebern eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Insgesamt wurden 353 (382) Kontrollen durchgeführt, bei denen 739 (776) Arbeitnehmende überprüft wurden.

Zur Beobachtung des Arbeitsmarktes hat der Sektor Arbeitsmarktüberwachung zwei Marktumfragen zu den Lohnbedingungen durchgeführt, bei denen schweizerische und ausländische Arbeitnehmende befragt wurden. Eine dieser Befragungen betraf rund 30 Betriebe der verarbeitenden Industrie und über 1000 Angestellte. Bei der anderen Umfrage wurden rund 70 Grenzgängerinnen und Grenzgänger aus unterschiedlichen Betrieben befragt. Die Löhne entsprechen im Allgemeinen den Anforderungen der allgemeinverbindlich erklärten GAV und den branchenüblichen Löhnen. Es wurde kein missbräuchliches oder wiederholtes Lohndumping festgestellt.

Im Rahmen ihrer Kontrollen bei ausländischen Unternehmen überprüfen die Inspektoren, ob diese branchenübliche Löhne zahlen. Auf diese Weise konnte erwirkt werden, dass 96 317 Franken an Lohngeldern zugunsten entsandter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nachgezahlt werden.

Die Arbeitsmarktspektion hat 5811 (5525) Meldungen bearbeitet, die für 7792 (7589) Arbeitskräfte eingereicht wurden. Davon betroffen waren 3364 entsandte Arbeitnehmende, 2858 Arbeitsaufnahmen in der Schweiz (darunter mehrere über Agenturen) und 1570 selbstständige Dienstleistungserbringer.

Die Arbeitnehmenden, die der obligatorischen Meldung unterliegen (< 90 Tage pro Jahr), stellen jedoch lediglich 938 Vollzeitstellen dar. Dies sind 0,8 % (0,73 %) der im Kanton Freiburg registrierten Arbeitsplätze.

3.3.6 Bekämpfung der Schwarzarbeit

Das Amt ist die kantonale Vollzugsbehörde des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit (BGSA). Diese Aufgabe wird vom Sektor Arbeitsmarktüberwachung erfüllt.

Die Inspektion im Bereich Schwarzarbeit besteht aus drei Inspektorinnen und Inspektoren des AMA sowie mehreren Inspektorinnen und Inspektoren im Bereich des Bauwesens, die dem Freiburgischen Prüfungsverband unterstellt sind. Das AMA überträgt diesem Verband mittels eines Leistungsauftrags die Kontrollen im Bauhaupt- und Baunebengewerbe sowie in der Gebäudereinigung.

Die Inspektion im Bereich Schwarzarbeit hat 509 (525) Kontrollen durchgeführt, die insgesamt 1132 (1343) Arbeitnehmende betrafen. Dabei wurden 144 (125) Unternehmen angezeigt, 348 (403) Arbeitnehmende waren von diesen Anzeigen betroffen. Die strafbaren Handlungen betrafen hauptsächlich Verstösse im Bereich des Ausländerrechts.

Die Prävention von Schwarzarbeit bleibt einer der Schwerpunkte. Dazu wurde eine Sensibilisierungsmassnahme bei gemeinnützigen Organisationen durchgeführt, die Kontakt zu Arbeitnehmenden haben, die von Schattenwirtschaft betroffenen sein könnten. Die Präventionsmassnahmen richteten sich 2013 hauptsächlich an die Arbeitnehmenden. So wurde ein Flyer erarbeitet, der ihnen bei den Kontrollen ausgehändigt wird. Dieser Flyer wurde zudem zu den Dokumenten hinzugefügt, die den stellensuchenden Personen bei der Anmeldung zur Arbeitslosigkeit abgegeben werden. Die für das Jahr 2014 vorgesehenen Präventionsmassnahmen richten sich an die Arbeitgeber und berücksichtigen ihre Bedürfnisse.

Für die Kandidatinnen und Kandidaten von Patenten für öffentliche Gaststätten wurden sechs Kurse zum Thema Schwarzarbeit abgehalten.

3.3.7 Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih

Die Abteilung hat im Berichtsjahr 30 (27) Bewilligungen erteilt: 5 für die private Arbeitsvermittlung, 9 für den Personalverleih und 16 für die private Arbeitsvermittlung und den Personalverleih. Sechs Bewilligungen wurden entweder wegen Betriebsschliessung oder Übernahme durch ein anderes Unternehmen aufgehoben.

Das AMA gab ferner zu 13 (15) Gesuchen für den grenzüberschreitenden Personalverleih und für die grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung, die beim SECO eingereicht wurden, eine positive Stellungnahme ab.

Weiter wurden Untersuchungen durchgeführt, um die rechtswidrige Ausübung der privaten Arbeitsvermittlung und des Personalverleihs zu bekämpfen und zu verhindern. Zudem wurden dem SECO Fälle von verbotenen Personalverleih vom Ausland in die Schweiz gemeldet.

Der Gesamtarbeitsvertrag für den Personalverleih, dessen Allgemeinverbindlicherklärung am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist, gilt für 94 % der im Rahmen von Leiharbeit im Kanton geleisteten Arbeitsstunden. Vor diesem Hintergrund wurde die Zusammenarbeit zwischen der Abteilung und den paritätischen Kommissionen im Berichtsjahr intensiviert. So wurden anhand der Kontrollberichte der paritätischen Kommissionen und eigener Untersuchungen verschiedene Verstösse aufgedeckt. Diese betrafen Verstösse gegen das Ausländergesetz, die Nichtauszahlung des vereinbarten 13. Monatslohns, die Nichtbeachtung der Schriftform bei Vertragsverlängerung und die Nichtbeachtung des Ferienanspruchs.

Im Jahr 2012 (die Zahlen für 2013 sind ab Frühling 2014 verfügbar) vermittelten die privaten Arbeitsvermittler des Kantons Freiburg 898 Personen (2011: 1026). Beim Personalverleih wurden mit 6676 (7666) Personen Verträge über insgesamt 3 499 027 (3 785 948) Arbeitsstunden abgeschlossen. Der Anteil ausländischer Personen, deren Dienstleistung vermittelt wurde, beläuft sich auf 69 % (66 %) und liegt somit leicht über dem Schweizer Durchschnitt 62,4 % (61,1 %).

3.4 Rechtsdienst

3.4.1 Erstinstanzliche Verfügungen

2013 erstellte der Rechtsdienst in seiner Funktion als zuständige kantonale Amtsstelle 8218 (7094) Verfügungen und Rechtsgutachten im Bereich der Arbeitslosenversicherung:

> Einstellungen in der Anspruchsberechtigung:	5673 (4651)
> Vermittlungsfähigkeit und andere Entscheide:	327 (357)
> Erlass der Rückerstattungspflicht:	87 (31)
> Rechtsgutachten zur Arbeitslosenversicherung:	2131 (2055)

3.4.2 Zweitinstanzliche Verfügungen und Stellungnahmen beim Kantonsgericht

Der Rechtsdienst registrierte ferner 548 (487) Einsprachen gegen Verfügungen des AMA. Er hat Verfügungen zu 487 (296) Einsprachen gefällt, wobei 58,95 % der Einsprachen abgewiesen oder als unzulässig erklärt wurden. Insgesamt 25,65 % der Einsprachen wurden gutgeheissen, 12,5 % wurden teilweise gutgeheissen und 2,9 % als erledigt abgeschrieben. Im Jahr 2013 wurden beim Kantonsgericht 28 (27) Beschwerden gegen Verfügungen des AMA eingereicht. Der Rechtsdienst reichte in 36 (25) Fällen Stellungnahmen zur Begründung ein. Das Kantonsgericht fällte 9 (40) Entscheide. 66,7 % der Beschwerden wurden vom Kantonsgericht abgewiesen oder als unzulässig erklärt, keine wurde gutgeheissen, 33,3 % der Beschwerden wurden teilweise gutgeheissen und keine wurde als erledigt abgeschrieben.

3.4.3 Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen

	Betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer				Ausfallstunden			
	2012	2013	CH 2012	CH 2013	2012	2013	CH 2012	CH 2013
Januar	438	337	12 180	13 263	17 802	15 666	588 220	693 779
Februar	440	130	12 808	11 066	22 516	5028	660 104	545 522
März	485	217	13 066	11 115	20 937	10 097	656 590	536 086
April	243	266	11 246	11 051	11 318	13 702	517 603	530 516
Mai	262	240	10 747	8509	12 587	15 033	597 903	395 731
Juni	172	348	10 777	7639	7334	19 432	518 238	390 127
Juli	206	185	6360	3611	6459	10 930	283 532	189 094
August	101	128	6189	4195	6114	5371	312 767	216 879
September	136	36	7726	4332	5457	1530	364 625	215 032
Oktober	309	113	8485	4053	14 978	4219	444 187	217 529
November	324	44	12 437	6008	14 846	1694	622 217	289 313
Dezember	163	15	7600	3837	5934	906	337 070	173 751

3.4.4 Weitere Tätigkeiten des Rechtsdiensts

Der Rechtsdienst bietet interessierten Personen telefonisch oder in seinen Räumlichkeiten einen Beratungsdienst an. Er berät das Amt in all seinen Tätigkeitsbereichen und gibt gegebenenfalls Rechtsgutachten ab. Zudem erstellt er die rechtlichen Texte, die für den reibungslosen Amtsbetrieb nötig sind.

Des Weiteren spricht der Rechtsdienst Verfügungen im Bereich des Entsendegesetzes (EntsG) aus. Er ist zudem für die Verfahren zur Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen auf Kantonsebene zuständig und entscheidet über die Einsprachen, die gegen die Verfügungen des Arbeitsinspektorats erhoben wurden.

3.5 Stabsdienste

3.5.1 Kommunikation

Das Amt kümmerte sich um die Kommunikation anlässlich der Lancierung der Massnahme Integrationspool+ (Medienmitteilung, Medienkonferenz, Website usw.). Ein besonderes Augenmerk wurde zudem auf die Kommunikation im Zusammenhang mit der Prävention von Schwarzarbeit gelegt. Dabei wurde namentlich ein Informationsflyer erarbeitet, der sich an die Arbeitnehmenden und Stellensuchenden im Kanton richtet. Die Abteilung ist ausserdem für die Verwaltung und Kommunikation des Ausstellungsraums Espace 25 zuständig, der sich im Haus der Wirtschaft befindet. Die Anpassung der Gebäudebeschriftung des AMA an das Corporate Design des Staates wurde 2013 abgeschlossen.

3.5.2 Informatik

Das AMA hat die Erneuerung der Informatikausrüstung fortgesetzt. Dazu zählte insbesondere die Installation von Multifunktionsdruckern in allen Einheiten des Amts. Des Weiteren stieg das Amt auf Windows 7 und Office 2010 um. Die Zugangsrechte zu den verschiedenen Räumlichkeiten des AMA wurden gemäss den Bedürfnissen des Amts neu organisiert und die Badges der Mitarbeitenden ausgetauscht.

Mit Aktualisierungen und Tests sorgt das Informatikteam dafür, dass das elektronische Dokumentmanagementsystem und das Datenverwaltungssystem des Bundes im Bereich der Arbeitslosenversicherung (AVAM) funktionieren.

3.5.3 Buchhaltung

Die Stabsdienste sind für die Buchhaltung der vom Bund finanzierten Ressourcen sowie für die Buchhaltung des kantonalen Beschäftigungsfonds zuständig. Ihre Hauptaufgaben liegen in der Auszahlung der Löhne von Stellensuchenden, die an einem QP teilnehmen, und in der Erstellung von Arbeitgeberbescheinigungen, Lohnausweisen und AHV-, SUVA- oder Quellensteuerabrechnungen.

Die Betriebskosten des Amts beliefen sich unter Berücksichtigung der kantonalen und der eidgenössischen Buchhaltungen auf 20,2 Millionen Franken. Aus dem kantonalen Beschäftigungsfonds wurden 1 783 774 Franken zur Finanzierung von Massnahmen für Arbeitslose aufgewendet, die ihren Anspruch auf Leistungen des Bundes ausgeschöpft haben. Die QP bei Unternehmen kosteten 1 068 808 Franken, die QP bei Institutionen 528 969 Franken und die QP bei Kanton und Gemeinden 185 997 Franken. Am 31. Dezember 2013 verfügte der Fonds über Mittel in der Höhe von 15,4 Millionen Franken.

4. Öffentliche Arbeitslosenkasse (ÖALK)

Verwalter: Dominique Schmutz

4.1 Tätigkeit

4.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Ende des Jahres 2013 zeichnete sich im Kanton durch wirtschaftliche Turbulenzen aus, die leider auch zum Verlust von Arbeitsplätzen führten (Ilford, Phone Marketing, usw.).

6428 Personen und 191 Betriebe haben im Laufe des Jahres die Dienste der Arbeitslosenkasse in Anspruch genommen. Somit bleibt unsere Dienststelle ein anerkannter Ansprechpartner in allen Fragen der Entschädigung. Wir arbeiten aktiv mit allen Partnern der Arbeitswelt zusammen.

Im Berichtsjahr hat die Arbeitslosenkasse auch ihre Zertifizierung ISO 9001-2008 erneuert und ihr Dokumentmanagementsystem geändert, um das Verfahren zu verbessern, damit besser auf die Erwartungen der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger eingegangen werden kann.

Die Rolle der Öffentlichen Arbeitslosenkasse und ihre Verankerung in der Freiburger Gesellschaft machen aus ihr ein unverzichtbarer Akteur in allen Fragen in Verbindung mit der Beendigung von Arbeitsverhältnissen und der Unterstützung von Unternehmen bei Schlechtwetter, bei der Einführung von Kurzarbeit und der Insolvenzenschädigung.

Die Kasse stellte 2538 Verfügungen aus. Sie legte dem Amt für den Arbeitsmarkt 17 Fälle zum Entscheid vor.

4.1.2 Arten von Leistungen und deren Anzahl

A. Anträge auf Arbeitslosenentschädigung (ALE)

Jahr	2012	2013	Veränderung in %
Anzahl Versicherte	5257	5976	13,68 %
Anzahl Anmeldungen	6050	6428	6,25 %
Anzahl ausbezahlter Taggelder	403 850,1	476 858,1	18,08 %

B. Anträge auf Schlechtwetterentschädigung

Jahr	2012	2013	Veränderung in %
Anzahl Unternehmen	169	99	-41,42 %

C. Anträge auf Kurzarbeitsentschädigung

Jahr	2012	2013	Veränderung in %
Anzahl Unternehmen	27	29	7,41 %

D. Anträge auf Insolvenzenschädigung

Jahr	2012	2013	Veränderung in %
Anzahl Unternehmen	47	39	-17,02 %

E. Ausbezahlte Taggelder

	2012 (Fr.)	2013 (Fr.)	Veränderung in %
--	------------	------------	------------------

	2012 (Fr.)	2013 (Fr.)	Veränderung in %
Ganzarbeitslosigkeit (ALE)	63 915 182.80	77 266 536.35	20,89 %
Familienzulagen	1 143 039.05	1 491 106.00	30,45 %
Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)	3 893 084.90	4 803 345.50	23,38 %
Projektkosten (Anbieter)	15 372 626.80	17 767 898.75	15,58 %
Schlechtwetter und Kurzarbeit	8 369 506.05	5 732 992.30	-31,50 %
Insolvenz	1 375 469.60	1 095 783.50	-20,33 %
Entschädigungen im Rahmen des Leistungsexports (Vorschüsse gemäss bilateralen Verträgen)	30 172.10	0.00	-100,00 %
Total	94 099 081.30	108 157 662.40	14,94 %

5. Handelsregisteramt (HRA)

Registerführerin: *Uschi Kozomara Yao*

5.1 Tätigkeit

5.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Handelsregisteramt hat 2013 insgesamt 6145 Dossiers bearbeitet, die zu einem Eintrag ins Handelsregister geführt haben. Diese Zahl setzt sich aus 1484 Neueinträgen sowie 981 Löschungen und 3680 Änderungen bestehender Rechtseinheiten zusammen. Die gesamte Zahl der bearbeiteten Dossiers ist folglich gegenüber dem Vorjahr um 408 Dossiers gesunken, bleibt jedoch immer noch über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Die Gesamtzahl der im Handelsregister eingetragenen Rechtseinheiten nimmt weiter zu. Während das Handelsregister des Kantons Freiburg am 31. Dezember 2004 noch 16 363 eingetragene Rechtseinheiten zählte, beläuft sich deren Zahl Ende 2013 auf 19 716 Rechtseinheiten.

5.1.2 Besondere Ereignisse

Das Handelsregisteramt nahm im Oktober 2013 an einer Sitzung der Konferenz der Schweizerischen Handelsregisterbehörden und im Februar 2013 an einer Sitzung des Bundesamts für Justiz teil, die unter anderem zum Ziel hatten, die Handelsregister über die Einführung der elektronischen Kommunikation und der Unternehmens-Identifikationsnummer (UIDV) zu informieren. So musste das Handelsregisteramt seine Software an die gesetzlichen Anforderungen im Bereich der elektronischen Kommunikation anpassen. Die entsprechenden Arbeiten wurden jedoch für die Einführung der Unternehmens-Identifikationsnummer (UIDV) unterbrochen. Die Einführung der UIDV konnte schliesslich im Dezember 2013 abgeschlossen werden. In diesem Bereich hat das Amt die Zusammenarbeit mit den Handelsregistern der Kantone Waadt, Genf und Neuenburg und dem gemeinsamen Softwareanbieter fortgesetzt.

Das Handelsregisteramt hat ferner bei der Ausbildung eines Notariatspraktikanten mitgewirkt.

5.2 Statistik

5.2.1 Stand der aktiven Gesellschaften

Am 31. Dezember 2013 umfasste das Handelsregister des Kantons Freiburg folgende aktive Eintragungen:

Einzelfirmen (EF)	5917
Kollektivgesellschaften (KollG)	351
Kommanditgesellschaften (KG)	25
Aktiengesellschaften (AG)	7016
Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)	4614
Unternehmen des öffentlichen Rechts	21
Kommanditaktiengesellschaften	1
Genossenschaften	567
Ausländische Zweigniederlassungen	144
Schweizer Zweigniederlassungen	368
Vereine	203
Stiftungen	481
Unternehmen ohne Eintragungspflicht	8
Total	19 716

5.2.2 Sprachliche Aufteilung der Registereinträge

Am 31. Dezember 2013 waren die aktiven Einträge beim Handelsregister wie folgt auf die Sprachen verteilt:

Total der auf Französisch registrierten Gesellschaften	15 320
Total der auf Deutsch registrierten Gesellschaften	4396

5.2.3 Übersicht der neuen Gesellschaften

Seit das Handelsregister auf kantonaler Ebene elektronisch geführt wird, kann die Entwicklung der neu eingetragenen Gesellschaften verfolgt werden. Ihre Zahl hat sich wie folgt entwickelt:

	Verein	Gen.	EF	Stiftung	AG	GmbH	Zweign.	KollG/KG
2004	7	2	348	17	256	309	80	31
2005	7	3	351	24	292	350	60	49
2006	7	5	359	14	298	372	46	54
2007	8	5	374	17	291	415	57	43
2008	18	0	379	19	334	398	42	32
2009	15	6	376	15	293	448	38	36
2010	9	2	420	10	317	430	36	24
2011	6	5	401	13	385	492	59	32
2012	7	4	445	20	327	476	35	34
2013	13	5	471	13	375	519	40	48

5.3 Interkantonale Zusammenarbeit

Das Handelsregisteramt nahm an den halbjährlichen Arbeitssitzungen einer Gruppe von Handelsregistern von deutschsprachigen Kantonen teil, die sich aus den Kantonen Zürich, Aargau, Solothurn, Baselstadt, Baselland, Bern und dem Oberwallis zusammensetzt. An diesen Sitzungen wurden rechtliche Fragen in Verbindung mit den Einträgen besprochen. Die Handelsregister der Kantone Genf, Waadt, Neuenburg, Jura und des Unterwallis haben ihre jährlichen Sitzungen fortgesetzt, die sie letztes Jahr wieder aufgenommen haben, um die gleichen Themen zu besprechen wie die Deutschschweizer Handelsregister. Das Handelsregisteramt hat ebenfalls an diesen Sitzungen teilgenommen.

5.4 Streitfälle

Für 2013 hat das Handelsregisteramt keinen Streitfall zu vermelden.

6. Amt für Energie (AfE)

Dienstchef: Serge Boschung

6.1 Tätigkeit

6.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Amt fördert die Nutzung erneuerbarer Energien und den Ersatz fossiler Energieträger, indem es Finanzhilfen über die geltenden Förderprogramme unter Berücksichtigung der verfügbaren Mittel des kantonalen Energiefonds gewährt.

Damit die öffentlichen Körperschaften ihre Vorbildrolle wahrnehmen, hat es seine Informations- und Beratungskampagne gegenüber den Gemeinden zusammen mit «EnergieSchweiz für Gemeinden», «Energistadt» und «Energo» fortgesetzt.

Für Bauspezialisten wurden mehrere Kurse und Seminare organisiert.

Die kantonale Energiewirtschaftskommission hielt eine Sitzung ab. An dieser wurden die neuen Gesetzesbestimmungen im Energiebereich sowie das Potenzial der Windkraft und der Tiefengeothermie im Kanton vorgestellt und besprochen.

6.1.2 Laufende Studien

Das Amt hat im Rahmen der Revision der kantonalen Energieplanung verschiedene Studien durchgeführt, die sich mit folgenden Themen befassen:

- > Nutzung des Windkraftpotenzials im Kanton: Revision der Planung aus dem Jahr 2008 insbesondere unter Berücksichtigung der technologischen Fortschritte;
- > Bestimmung des Potenzials der Tiefengeothermie und Festlegung der interessantesten Standorte;
- > Nutzung von Abwärme, um ein Kataster für das gesamte Kantonsgebiet aufzustellen.

Diese Studien laufen mindestens bis ins Jahr 2014.

6.2 Ausbildung

6.2.1 Weiterbildungsprogramm

Das breit angelegte Weiterbildungsprogramm über erneuerbare Energien und Energieeffizienz, das in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR) umgesetzt wird, ist 2013 angelaufen. Dieses Projekt geht auf einen Auftrag des Grossen Rats zurück und erstreckt sich auf drei Jahre und ist mit einem Budget von 1,5 Millionen Franken dotiert. Dieser Betrag wird über den kantonalen Energiefonds in Anwendung von Artikel 22 des Energiegesetzes finanziert.

6.2.2 Sensibilisierung/Bildung der Jugend

Das Amt setzt seine Informations- und Sensibilisierungskampagne bei den jungen Generationen fort. Im Rahmen dieses Programms werden Energiefragen behandelt und Gesten zum Energiesparen vermittelt.

Das Programm mit dem Namen «Energiekoffer» wird den Lehrpersonen der deutsch- und französischsprachigen Primarschulklassen von der dritten bis zur sechsten Klasse gratis angeboten. Im Schuljahr 2012/13 wurden 114 Klassen besucht, was 2211 Schülerinnen und Schülern entspricht.

Das Amt unterstützt auch die Verbreitung des Programms «Enerschool» für Orientierungsschulen und Gymnasien. Im Jahr 2013 hat sich ein Gymnasium dem Konzept angeschlossen und die Arbeiten wurden für eine Orientierungsschule und ein weiteres Gymnasium fortgesetzt.

6.3 Baubewilligungsverfahren

6.3.1 Baubewilligungsgesuche

Gestützt auf das Raumplanungs- und Baugesetz vom 2. Dezember 2008 (RPBG) und in Anwendung der Energiegesetzgebung muss das Amt kontrollieren, ob die thermische Gebäudehülle und die technischen Anlagen den Auflagen entsprechen. Im Berichtsjahr hat das Amt 2404 Baubewilligungsgesuche (im ordentlichen Verfahren und im vereinfachten Verfahren) kontrolliert und dazu Stellung genommen.

6.3.2 Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen

Das Amt erteilte in Anwendung des Energiegesetzes vom 9. Juni 2000 fünf Bewilligungen.

6.3.3 Verschiedene Bewilligungen und Ausnahmbewilligungen

Gestützt auf das Energiegesetz vom 9. Juni 2000 hat das Amt 9 Bewilligungen und/oder Ausnahmbewilligungen erteilt (direktelektrische Heizung, Erdgasheizkessel, Ölheizung ohne Nutzung der Kondensationswärme usw.).

6.3.4 Erdgas

In Anwendung des Beschlusses vom 5. Juni 1979 betreffend Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe, die der eidgenössischen Bewilligung nicht unterstellt sind, bewilligte das Amt den Bau beziehungsweise den Betrieb folgender Erweiterungen des Netzes der Frigaz AG:

- > Gemeinden Farvagny und Rossens (Abschnitt Le Chaney – In Riaux)
- > Gemeinde Kerzers
- > Gemeinden Marsens, Sorens und Pont-en-Ogoz;
- > Gemeinde Grandvillard (Abschnitt Les Auges – Grandvillard)
- > Gemeinden Bulle und Le Pâquier (Umfahrung Süd)
- > Gemeinde Düringen
- > Gemeinden Bulle und Gruyères (Abschnitt Pré du Chêne – Grand Clos)
- > Gemeinde Gruyères (Abschnitt Gruyères – Grandvillard)
- > Gemeinde Chénens (Abschnitt Vigny – Les Caroux)
- > Gemeinden Payerne und Granges-de-Vesin (Sektor Cugy)
- > Gemeinden Payerne und Granges-de-Vesin (Sektor Les Montets)
- > Gemeinde Bas-Intyamont (Abschnitt l'Etroite Rive-Enney – Les Auges)
- > Gemeinde Givisiez (GIVICAD)
- > Gemeinde Pont-en-Ogoz (Abschnitt Pra Derrey – Russille)
- > Gemeinde Corpataux-Magnedens
- > Gemeinde Hauterive

Das Amt bewilligte ausserdem den Bau beziehungsweise den Betrieb folgender Erweiterungen des Netzes der Cosvegaz AG:

- > Gemeinden Ecublens (FR) und Rue
- > Gemeinde Torny (Sektor Middel – Torny-le-Petit)
- > Gemeinden Rue (Sektor Promasens) und Ecublens
- > Gemeinde Torny (Sektor Torny-le-Grand)
- > Gemeinde Cheyres (Sektor III)
- > Gemeinde Vuissens
- > Gemeinde Prévondavaux
- > Gemeinden Ménières und Cheiry

6.3.5 Hochspannungsleitungen

Das Amt hat zu einem Vorhaben auf dem Gemeindegebiet von Gruyères Stellung genommen.

6.4 Förderprogramme im Energiebereich

6.4.1 Holzheizungen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 48 Projekte zu, was einem Betrag von 1 833 250 Franken für eine Leistung von 14 418 kW entspricht.

6.4.2 Thermische Solaranlagen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 205 Projekte zu, was einem Betrag von 517 501 Franken für eine Fläche von 1922 m² entspricht.

6.4.3 Gebäude, die den Minergie-P-Standard erfüllen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 16 Projekte zu, was einem Betrag von 201 432 Franken entspricht.

6.4.4 Wärmepumpen als Ersatz einer Elektroheizung

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 92 Projekte zu, was einem Betrag von 423 000 Franken für eine Leistung von 1009 kW entspricht.

6.4.5 Wärmepumpen als Ersatz einer fossilen Heizung

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 86 Projekte zu, was einem Betrag von 453 000 Franken für eine Leistung von 969 kW entspricht.

6.4.6 Heizwasserverteilsystem

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 47 Projekte zu, was einem Betrag von 201 000 Franken entspricht.

6.4.7 Gebäudeprogramm

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 307 Projekte zu, was einem Betrag von 1 669 300 Franken entspricht. Der vom Bund für den Kanton Freiburg bereitgestellte Beitrag an das Gebäudeprogramm beläuft sich auf 3 519 360 Franken.

6.4.8 Neue Wärmenetze zur Nutzung von Abwärme

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an vier Projekte zu, was einem Betrag von 489 740 Franken für eine Gesamtleistung der neu angeschlossenen Gebäude von 9671 kW entspricht.

6.4.9 Wärmekraftkopplung

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an zwei Projekt zu, was einem Betrag von 330 000 Franken für eine Gesamtleistung von 1050 kW Elektrizität und 1230 kW Wärme entspricht.

6.4.10 Energiestadt-Label für Gemeinden

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 27 Projekte zu, was einem Betrag von 193 511 Franken entspricht.

6.5 Interkantonale Zusammenarbeit

Das Amt nahm an verschiedenen interkantonalen Arbeits- und Begleitgruppen teil, die namentlich vom Bundesamt für Energie und von der Energiedirektorenkonferenz und der Konferenz der kantonalen Energiefachstellen aufgestellt wurden.

6.6 Gesetzgebung

Am 25. November 2012 hat das Freiburger Stimmvolk nach erfolgreichem Referendum über den Gesetzesentwurf vom 7. Februar 2012 zur Änderung des Energiegesetzes vom 9. Juni 2000 abgestimmt. Der Entwurf wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt. Das Referendum wurde einzig gegen die Pflicht zum Ersatz der bestehenden Elektroheizungen und Elektroboiler bis zum Jahr 2025 ergriffen.

Der Staatsrat hat beschlossen, dem Grossen Rat umgehend einen neuen Gesetzesentwurf ohne den von den Gegnern angefochtenen Artikel 15 (Absatz 2 und 3) vorzulegen.

Das neue Energiegesetz ist am 1. August 2013 in Kraft getreten. Damit kann die Energiestrategie des Kantons umgesetzt werden. Das Ausführungsreglement wird zurzeit angepasst, um die neuen Massnahmen darin aufzunehmen und zu ergänzen.

7. Amt für Statistik (StatA)

Dienstchef: Pierre Caille

7.1 Aktivitäten

7.1.1 Datenerhebung

Das Amt für Statistik (StatA) nimmt Datenerhebungen für Statistiken vor, die meistens auf Bundesebene koordiniert sind. Dies ist namentlich bei der Schulstatistik der Fall, in deren Rahmen jedes Jahr Einzeldaten zu über 50 000 Schülerinnen und Schülern an das Bundesamt für Statistik übermittelt werden. Manchmal wird darüber hinaus beim Überprüfen und Korrigieren der lokalen Daten um die Mitarbeit der Kantone gebeten, wie zum Beispiel bei den eidgenössischen Beschäftigungsstatistiken. Die Rolle der Kantone anlässlich solcher eidgenössischer Erhebungen ist im Artikel 7 des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) geregelt sowie in der Verordnung über die Organisation der Bundesstatistik und in der Verordnung über die Durchführung von statistischen Erhebungen des Bundes, in deren Anhang die eidgenössischen Erhebungen abschliessend aufgezählt werden. Darin ist auch angegeben, ob die Kantone zur Mitarbeit verpflichtet sind.

7.1.2 Datenverarbeitung

Der Tendenz der modernen Statistik und dem Wunsch des Gesetzgebers folgend (Gesetz über die kantonale Statistik, StatG, Art. 5 Abs. 2) werden statistische Angaben immer öfter Registern und Verwaltungsdaten entnommen, das heisst von Informationen, die nicht in erster Linie für statistische Zwecke gesammelt worden sind. So werden gewisse Bevölkerungsstatistiken aus FriPers, dem kantonalen Bevölkerungsregister, abgeleitet, während die Baustatistik anhand des eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregisters berechnet wird. Die neue eidgenössische Unternehmensstatistik STATENT, die zum Teil auf den AHV-Registern basiert und in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen – statt wie bisher über die Vollerhebungen bei den Unternehmungen – durchgeführt worden ist, hat im Oktober 2013 ihre ersten provisorischen Ergebnisse geliefert.

Das Amt für Statistik verwendet hauptsächlich Angaben aus Stichprobenerhebungen, um Informationen zu erhalten, die nicht in Registern zu finden sind, namentlich aus den Stichprobenerhebungen, die das Bundesamt für Statistik eingeführt hat, um die traditionellen Vollerhebungen wenigstens teilweise zu kompensieren. Diese zunehmende Verwendung von Registern und Stichproben hat bei den kantonalen statistischen Ämtern zu grossen Umwälzungen bezüglich der Arbeitsmittel und -methoden geführt.

7.1.3 Veröffentlichung der Ergebnisse

Die statistischen Ergebnisse werden hauptsächlich in elektronischer Form über die Website www.stat-fr.ch (oder www.fr.ch/sstat) verbreitet. Im Jahr 2013 sind nur noch das Statistische Jahrbuch, das Memento „der Kanton Freiburg in Zahlen“ und die vierteljährliche Broschüre „Freiburger Konjunkturspiegel“ auf Papier veröffentlicht

worden. Darüber hinaus lieferte das StatA auf individuelle Anfragen hin, die das Amt per Brief, E-Mail oder Telefon erhält (rund 800 pro Jahr), zahlreiche Ergebnisse und spezifische Auswertungen von statistischen Daten.

7.1.4 Beratung

Das Amt für Statistik unterstützt die Dienststellen der Kantonsverwaltung im Rahmen von statistischen oder mathematischen Aufgaben.

7.2 Besondere Projekte und Ereignisse

Im Jahr 2013 ist das Projekt HarmPers zur Harmonisierung der Personenregister auf kantonaler Ebene unter der Leitung der Sicherheits- und Justizdirektion (SJD) abgeschlossen worden. Die FriPers-Datenbank ist nun im Produktionsbetrieb. Sie ist die zentrale Datenquelle für das neue Volkszählungsverfahren.

Darüber hinaus nimmt das StatA am Projekt zur Harmonisierung der Schulverwaltungsinformationssysteme (HAE) unter der Leitung der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport EKSD teil. Es achtet darauf, dass die Bedürfnisse der Bundesstatistik integriert werden, und stellt die im Rahmen der Schülerzählung gesammelten Daten zur Verfügung, um eine Ausgangsbasis für die neue Referenzdatenbank des Systems zu erstellen.

Letztlich nimmt das StatA noch am Projekt zur Harmonisierung der Gebäudemerkmale HarmBat teil und achtet dabei darauf, dass die Bedürfnisse des eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregisters und der eidgenössischen Baustatistik berücksichtigt werden.

7.3 Interkantonale Zusammenarbeit

Der Dienstchef des Amts für Statistik ist Mitglied des Vorstands der Konferenz der regionalen statistischen Ämter der Schweiz (KORSTAT). Das Amt für Statistik ist zudem Mitglied der *Conférence des offices statistiques romands et tessinois* (CORT) und des REGIOSTAT-Ausschusses, dem Organ zur Förderung der Zusammenarbeit und Koordination zwischen den regionalen statistischen Ämtern und dem Bund. Als Vertreter der Kantone nimmt es an verschiedenen Arbeitsgruppen teil, die sich mit neuen Projekten oder Reformen auf dem Gebiet der Bundesstatistik befassen.

Wie zahlreiche Bundesämter und die Mehrheit der statistischen Ämter der Kantone und Städte ist das StatA Mitunterzeichner der Charta der öffentlichen Statistik der Schweiz, die vom Verhaltenskodex der Europäischen Statistik inspiriert ist. Es ist somit verpflichtet, die Prinzipien dieser Charta zu befolgen und hat sich bereit erklärt, an einem Programm zur Bewertung der Einhaltung der Prinzipien teilzunehmen, das von den Mitunterzeichnern gegenwärtig ausgearbeitet wird.

8. Wohnungsamt

Verantwortlicher: Marcel Godel

8.1 Tätigkeit

8.1.1 Wohnungsmarkt

Am 1. Juni 2013 zählte der Kanton Freiburg 883 Leerwohnungen, das sind 141 weniger als im Vorjahr. Damit sank die Leerwohnungsziffer im Berichtsjahr von 0,77 % im Jahr 2012 auf 0,66 % des kantonalen Gesamtwohnungsbestandes. Der Bau neuer Wohnungen erlaubte es, die zunehmende Nachfrage, die auf das starke Bevölkerungswachstum im Kanton Freiburg zurückzuführen ist, teilweise zu decken.

Je nach Bezirk fällt die Leerwohnungsziffer sehr unterschiedlich aus, sie liegt aber überall unter 1 %.

	2012	2013
Saane	1.00 %	0.88 %

	2012	2013
Glane	0.82 %	0.54 %
Greyerz	0.42 %	0.44 %
Broye	0.46 %	0.58 %
Vivisbach	0.67 %	0.50 %
Sense	1.03 %	0.63 %
See	0.59 %	0.53 %

Aufteilung der Leerwohnungen nach Kategorie:

	2012	2013
1- und 2-Zimmer	24 %	29 %
3-Zimmer	28 %	28 %
4-Zimmer	33 %	27 %
5-Zimmer und mehr	15 %	16 %

Zudem sind im Berichtsjahr 82 % (85 % im Jahr 2012) aller leer stehenden Wohnungen zu vermieten und 18 % (15 % im Jahr 2012) zu verkaufen.

8.1.2 Wohnbauförderung

Das neue Wohnbauförderungsgesetz vom 21. März 2003 (WFG) ist am 1. Oktober 2003 in Kraft getreten. Der Bund kann gestützt auf das WFG zinslose oder zinsgünstige Darlehen gewähren, um das Angebot an preisgünstigen Mietwohnungen und den Zugang zu Wohneigentum zu fördern. Da aber das Bundesparlament dem Entlastungsprogramm 2003 zugestimmt hat, können Artikel 12 und 24 WFG, die die gesetzliche Grundlage für diese direkten Darlehen darstellen, nicht mehr angewendet werden. Im Februar 2007 hat der Bund deshalb endgültig auf die direkten Darlehen verzichtet.

Das Entlastungsprogramm 2003 hat keinen Einfluss auf die anderen Massnahmen des WFG: indirekte Hilfe für Bauherren, die nicht über ausreichend Eigenkapital verfügen (Bürgschaften, Rückbürgschaften, Unterstützung für Träger und Dachorganisationen des gemeinnützigen Wohnbaus sowie Fortsetzung der Forschungstätigkeit). Die Träger des gemeinnützigen Wohnbaus, die preisgünstigen Wohnraum bauen oder erneuern, können bei Dachorganisationen oder bei der Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger (EGW) zinsgünstige Darlehen beantragen (Dachorganisationen: Association romande des maîtres d'ouvrage d'utilité publique – die ehemalige Westschweizer Sektion des Schweizerischen Verbands für Wohnungswesen in Lausanne sowie Verband der Baugenossenschaften in Luzern). Bundeshilfen gemäss WFG werden seit 2009 nur gewährt, wenn beim Bau oder bei der Renovation strenge Kriterien im Energiebereich erfüllt werden (Minergie-Standard, MuKEN).

8.1.3 Mietzinsverbilligung durch die öffentliche Hand

In Ausführung des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes vom 4. Oktober 1974 (WEG) und des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung erfüllt das Amt insbesondere zwei Aufgaben:

- > Mieterwechsel (etwa 1000 pro Jahr) und Auszahlung der Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die Anspruchsberechtigten. Die kantonalen Beiträge zur Senkung der Mietzinse beliefen sich auf 4 555 677 Franken im Jahr 2013 (4 641 520 Franken im Jahr 2012) und die der Gemeinden auf 2 042 424 Franken im Jahr 2013 (2 075 102 Franken im Jahr 2012);
- > Kontrolle der persönlichen und finanziellen Lage der Bezügerinnen und Bezüger von Leistungen des Bundes und des Kantons für 3489 Wohnungen im Jahr 2013 (3626 Wohnungen im Jahr 2012). Aufgrund dieser Kontrollen wurden einige Beiträge gekürzt oder gestrichen.

Das Wohnungsamt hat 2010 seine neue Software zur Verwaltung der Wohnraumförderung in Betrieb genommen. Im Laufe des Jahres 2013 wurde diese Software angepasst. Die neue Software umfasst eine Aktualisierung der

Zahlungsinstrumente und die Einführung von Entscheidungshilfen. Seither wird eine einzige Anwendung für die Bearbeitung der Gesuche für Wohnungen benutzt, die vom Kanton subventioniert werden.

8.1.4 Kontrolle der gewährten Beiträge

Bei Gebäuden, die aufgrund des Bundesratsbeschlusses vom 30. Juni 1942 betreffend Massnahmen zur Milderung der Wohnungsnot und zur Förderung des Wohnungsbaus, des Bundesbeschlusses vom 8. Oktober 1947 über Massnahmen zur Förderung der Wohnbautätigkeit und der verschiedenen Gesetze zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten erstellt wurden, sind die Eigentümer verpflichtet, die staatlichen Beiträge zurückzuzahlen, falls sie beim Verkauf ihrer Liegenschaft einen Gewinn erzielen. 2013 gaben zwei Liegenschaftsverkäufe Anlass zur Rückerstattung von Subventionen. Der Gesamtbetrag dieser Rückerstattungen belief sich auf 32 100 Franken im Jahr 2013 (395 622 Franken im Jahr 2012). Die Anteile des Bundes und der betroffenen Gemeinden wurden zurückbezahlt. Ausserdem wurden verschiedene Verkäufe bewilligt, bei denen keine Subventionsrückzahlung notwendig war, da die Eigentümer ihre Liegenschaft zu den Gestehungskosten verkauften.

8.1.5 Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen

Im Rahmen der vom Staatsrat beschlossenen teilweisen Neuverteilung der Aufgaben unter den Direktionen wurden die Schlichtungsbehörden, die Beschwerden von Mietern bezüglich der Mietzinse, der Nebenkosten und des Kündigungsschutzes behandeln, auf den 1. Januar 2011 von der Volkswirtschaftsdirektion an die Sicherheits- und Justizdirektion übertragen. Dieser Wechsel ist auf das Inkrafttreten des neuen Justizgesetzes zurückzuführen.

8.1.6 Baulandreserven

Im Jahr 2013 wurden keine Gesuche um Staatsgarantien für Baulandreserven gemäss Dekret vom 11. Mai 1977 betreffend Baulandreserven von Immobiliengesellschaften gestellt.

8.1.7 Verkauf von Grundstücken an Ausländer

Gemäss Artikel 25 des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung werden die Mietzinse der Liegenschaften, die im Besitz von Personen im Ausland sind, durch das Wohnungsamt festgelegt. 2013 wurden dem Amt folgende Gesuche gestellt:

- > kein Gesuch um Erwerb oder Bau einer Liegenschaft;
- > drei Gesuche um Verkauf einer Liegenschaft;
- > eine Aufhebung von Abgaben.

8.1.8 Kantonale Wohnungskommission

Die kantonale Wohnungskommission wurde mit Beschluss des Staatsrats vom 20. April 1993 gebildet. Ihre Aufgaben sind vor allem die Analyse von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, die Überwachung der Mietzinse und die Förderung von Initiativen, mit denen Wohnraum zu günstigen Mietzinsen oder Kaufpreisen angeboten werden kann. Diesbezüglich koordiniert sie Studien zur Ausarbeitung einer neuen Wohnungspolitik des Kantons. Die Kommission hielt im Berichtsjahr eine Sitzung ab, die am 20. November 2013 stattfand.

8.2 Interkantonale Zusammenarbeit

Die Wohnungsämter der französisch- und italienischsprachigen Schweiz organisieren jährlich eine interkantonale Zusammenkunft für einen Meinungsaustausch mit dem Bundesamt für Wohnungswesen. Dieses Treffen fand am 14. und 15. November 2013 in Lausanne statt.

8.3 Streitfälle

Fünf Beschwerden wurden Ende 2013 bei der Volkswirtschaftsdirektion eingereicht. Alle betrafen die Mietzinsverbilligung gestützt auf das Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz des Bundes vom 4. Oktober 1974 (WEG) und das kantonale Gesetz vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung. Die Volkswirtschaftsdirektion hat im Berichtsjahr drei Entscheide im Bereich der Mietzinsverbilligung getroffen.

9. Amt für Berufsbildung (BBA)

Dienstchef: Christophe Nydegger

9.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Amt registrierte eine neue Zunahme der Lernenden sowie der Schülerinnen und Schüler um 111 Personen, so dass die gesamte Zahl der Personen, die im Kanton eine Berufsbildung absolvieren, auf 9285 Personen angestiegen ist. Die folgende Aufstellung bildet die Resultate der Lehrstellenförderung ab, denn sie bietet einen Überblick über die erteilten Bildungsbewilligungen und die Lehrbetriebe, die zurzeit Lernende ausbilden:

	2012	2013	Entwicklung
Neu gewährte Bildungsbewilligungen	217	200	-7.8 %
Betriebe, die zurzeit Lernende ausbilden	2446	2501	+2.2 %
Unternehmen mit Bildungsbewilligung	3472	3513	+1.0 %
Unternehmen mit erster Bildungsbewilligung	115	112	-2.6 %
Unternehmen mit weiteren Bildungsbewilligungen	82	80	-2.4 %

Die Verordnungen über die berufliche Grundbildung von 11 Berufen sind im Berichtsjahr in Kraft getreten. Zwei Verordnungen gelten für zweijährige Lehren, die zum eidgenössischen Berufsattest (EBA) führen und neun für drei- und vierjährige Lehren, die zum eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) führen. Das Amt hat zu allen Verordnungen Stellung genommen, insbesondere um die finanziellen Auswirkungen für den Staat und die Unternehmen in Schranken zu halten.

Die Partner des Amts können sich seit 2007 über einen Newsletter regelmässig informieren lassen. Im Jahr 2013 wurden sechs Newsletter an rund 4500 Akteure der Berufsbildung auf kantonaler und nationaler Ebene versandt. Die Newsletter ermöglichen es, die Partner direkt zu kontaktieren, sie auf zahlreiche Bildungsthemen aufmerksam zu machen und die Informationen mit dynamischen Links auf entsprechende Websites zu versehen.

Für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner in Lehrbetrieben wurden 26 Kurse organisiert, fünf davon auf Deutsch. Bei einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 22 Personen pro Kurs haben über 550 Personen ihren Ausweis als Berufsbildnerin oder Berufsbildner erhalten. Zwei Abendkurse fanden statt, ein Kurs war für die Logistik reserviert und ein Kurs wurde für Logistikfachpersonen mit eidgenössischem Fachausweis angeboten. Erstmals erteilte das Amt zwei Anerkennungen als Bildungsanbieter für diese Kurse. Diese gingen an das Landwirtschaftliche Institut Grangeneuve (LIG) und an das Ausbildungszentrum für Lager und Logistik (CFL) in Marly. Ab 2014 werden diese beiden Institutionen die Kurse für die künftigen Inhaberinnen und Inhaber des Fachausweises ihrer jeweiligen Branche selber organisieren, sodass Plätze in den Standardkursen frei werden.

Der Kanton Freiburg ist offizielles Mitglied am Austauschprogramm Eurodyssée der Versammlung der Regionen Europas. Das Programm Leonardo da Vinci wird ebenfalls mit Unterstützung der ch Stiftung umgesetzt. Die Berufsfachschule | Technik und Kunst | Freiburg (EMF) ist Trägerin dieser beiden Projekte. Im Jahr 2013 hat der Staatsrat das Postulat Bulliard-Siggen beantwortet und alle statistischen und analytischen Angaben dazu geliefert. Im vorliegenden Bericht wird deshalb auf diesen Punkt nicht näher eingegangen.

Im Frühjahr hat sich das Amt an der Einführung eines neuartigen Projekts des Vereins «Hauptstadtregion Schweiz» im Kanton beteiligt, das den Sprachaustausch von Lernenden in den Kantons- und Gemeindeverwaltungen der Kantone Bern, Freiburg, Neuenburg, Solothurn und Wallis beinhaltet. Einige Kontakte wurden geknüpft, aber bis jetzt fand noch kein Austausch statt.

Sei dem Erwerb des Sprachunterrichtssystems «Campus Tell-Me-More®» im Jahr 2011 haben die Schülerinnen und Schüler auf der Sekundarstufe II und ihre Lehrpersonen erste Erfahrungen im computergestützten Fremdsprachenunterricht gesammelt. Die Ziele von 2011 und 2012 wurden erreicht, denn 2717 Lizenzen wurden im

Zeitraum 2011/12 genutzt. Für den Zeitraum 2012/13 sind es bereits 5680 Lizenzen. Eine Bilanz wird gezogen, um dem Staatsrat einen Vorschlag über die allfällige Fortsetzung dieser Methode zu unterbreiten.

Das Amt für Berufsbildung hat gemeinsam mit seinen Partnern vier Aktionen zur Förderung der Berufsbildung und der Lehrstellen durchgeführt. Im Rahmen des Forums der Berufe Start! konnten am 1. Februar dank dem Konzept «Die Nacht der Lehre» 40 Lehrbetriebe über 250 Jugendliche in Form eines Speed Datings treffen. Im Frühjahr wurde bei 146 Unternehmen, die seit vier Jahren keine Lernenden mehr ausbilden, eine Werbekampagne durchgeführt. Ausserdem wurde eine neue Broschüre über die Berufsbildung im Kanton Freiburg geschaffen, an der sich 34 Lernende aus 23 Berufen beteiligt haben. Diese Broschüre ging an über 7000 Empfängerinnen und Empfänger. Am 15. Mai fand der interkantonale Tag der Berufsbildung statt. An diesem Tag haben 18 Unternehmen 24 freie Lehrstellen gemeldet.

Nach Abschluss der Einführungsphase ist das Case Management Berufsbildung (CMBB) in die vom SBFI aufgestellte Konsolidierungsphase getreten. Die Konsolidierungsphase für die Jahre 2012-2015 zielt darauf ab, das Case Management Berufsbildung dauerhaft in den kantonalen Strukturen zur Begleitung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten zu verankern. Das CMBB hat die ersten beiden Etappen, das heisst die der Jahre 2012 und 2013 bereits erfolgreich abgeschlossen.

Der Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit der Universität Freiburg hat die Umsetzung und Organisation der Unterstützung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung beurteilt und seinen Bericht der dafür zuständigen Kommission vorgelegt. Diese Beurteilung wird es erlauben, die gesamte Betreuungsstruktur zu verbessern und zwar insbesondere über eine bessere Koordination und Kommunikation zwischen den betroffenen Personen und Institutionen.

Im Jahr 2013 hat der Case Manager des Amts aufgrund eines anderen Engagements seine Arbeitszeit von 100 % auf 20 % reduziert. Er nutzt seine Arbeitszeit hauptsächlich zur Verwaltung des Projekts und zur Aktualisierung der bestehenden Dossiers in der CM-Online-Anwendung. Aufgrund dieses sehr tiefen Beschäftigungsgrads wurden nur wenig neue Dossiers eröffnet. Eine neue Case Managerin wird am 1. März 2014 mit einem Beschäftigungsgrad von 70 % angestellt. Sie wird einen Teil der bestehenden Dossiers übernehmen. Ausserdem wird ihre Zusammenarbeit mit der Plattform Jugendliche neu definiert.

Die Berufsbildungskommission hielt zwei Sitzungen ab. Sie behandelte Themen in Verbindung mit der beruflichen Grundbildung, der höheren Berufsbildung und der berufsorientierten Weiterbildung. Sie ernannte neue Mitglieder der Lehraufsichtskommissionen, die an die Stelle von zurückgetretenen Mitgliedern traten, und bemühte sich dabei um eine ausgeglichene Vertretung. Sie genehmigte die Jahresrechnung und verabschiedete den Voranschlag des Interprofessionellen Weiterbildungszentrums (IWZ). Sie nahm ausserdem Stellung zur Berufsbildungspolitik.

9.2 Besondere Ereignisse

9.2.1 Validierung von Bildungsleistungen (VAB)

Beim EFZ als Logistikerin oder Logistiker hat eine Person von den 41 Personen, die 2012 das Verfahren aufgenommen haben, eine direkte Validierung ihrer Bildungsleistungen erhalten, während die übrigen 40 Personen das Verfahren fortgesetzt und einen grossen Teil der verlangten ergänzenden Bildung absolviert haben. Es mussten 14 ergänzende Bildungsmodule angeboten werden, die alle Kompetenzbereiche abdeckten (6 für die Berufspraxis, 4 für die theoretischen Kenntnisse und 4 für die Allgemeinbildung). Die grosse Mehrheit der Kandidatinnen und Kandidaten hat dieses Verfahren mit Erfolg abgeschlossen, sodass 34 Eidgenössische Fähigkeitszeugnisse (EFZ) ausgestellt werden konnten. Die übrigen sechs Personen müssen noch eine Zahl von ergänzenden Kursen hauptsächlich in Allgemeinbildung absolvieren.

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung (BEA) hat am 7. Oktober zusammen mit der Schweizerischen Vereinigung für die Berufsbildung in der Logistik (SVBL) erneut eine öffentliche Informationssitzung durchgeführt. Über 50 Personen haben daran teilgenommen. Die Einzelgespräche und Anmeldungen zur Bilanz der Kompetenzen im Rahmen der 2. Phase haben begonnen. Die Bilanzierung beginnt im April 2014 und die Dossiers werden im

Herbst 2014 beurteilt. Die ergänzende Bildung wird Anfang 2015 vom Ausbildungszentrum in Logistik (CFL) Marly und von den Berufsbildungszentren unseres Kantons (EPAC, ESSG) angeboten.

Für den Beruf als Fachperson Betreuung EFZ (FaBe) haben 12 Kandidatinnen und Kandidaten die vom interprofessionellen Weiterbildungszentrum (IWZ) angebotenen Bilanzierungssitzungen besucht, um ihr Dossier am 30. September einzureichen. Schliesslich wurden nur 8 Dossiers der Chefexpertin zur Beurteilung eingereicht. Das Validierungsorgan kommt im Januar 2014 zusammen, um über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Nach erstem Augenschein könnten 3 Kandidatinnen und Kandidaten ein EFZ ohne ergänzende Bildung erhalten. Für die anderen wird die Berufsfachschule Soziales-Gesundheit in Grangeneuve (ESSG) ergänzende Bildungsmodule anbieten (theoretische Ergänzungen – Integration in die verkürzte Erwachsenenbildung). Auch die OrTra Gesundheit und Soziales Freiburg wird ergänzende Bildungsmodule anbieten (berufspraktische Ergänzungen – Integration in die überbetrieblichen Kurse). Die Arbeitsgruppe hat bereits beschlossen, eine zweite Validierungsrunde zu starten und wird am 10. März 2014 eine öffentliche Informationssitzung durchführen.

Für den Beruf als Fachperson Gesundheit EFZ (FaGe) begann eine zweite Validierungsrunde mit einer öffentlichen Informationssitzung, die am 5. Februar in Zusammenarbeit mit dem BEA stattgefunden hat. Über 100 Personen haben daran teilgenommen. 45 haben sich zu den Einzelgesprächen angemeldet. Die Bilanzierungen fanden im Auftrag des BEA im IWZ in mehreren Gruppen statt (je nach der Art der Erstausbildung, insbesondere für die Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger). Das Datum für die Abgabe der Dossiers wurde auf den 30. November festgelegt. Schliesslich wurden 35 Dossiers eingereicht, die zurzeit von den Experten beurteilt werden. Die Beurteilungsraster müssen am 30. April 2014 an die Chefexpertin retourniert werden. Eine dritte Validierungsrunde ist bereits im Gespräch und sollte voraussichtlich Ende 2014 gestartet werden (Koordination Gespräche/Bilanzen beim BEA mit den beiden anderen Berufen). Im Jahr 2013 haben im Übrigen 12 Personen (aus der 1. Validierungsrunde) das EFZ erhalten, nachdem sie die ergänzende Bildung mit Erfolg abgeschlossen haben. Von diesen Personen wohnen acht im Kanton Freiburg.

9.2.2 Neue Schulräume der Gewerblichen und Kaufmännischen Berufsfachschule (EPAC)

Die Mitglieder der Vereinigung des Kantonalen Berufsbildungszentrums (VKBZ) haben an ihrer Versammlung vom 5. Juli die Einrichtung von fünf zusätzlichen Klassenzimmern bei der EPAC genehmigt. Die öffentliche Auflage wurde im Amtsblatt vom 26. Juli veröffentlicht. Der Kostenvoranschlag beläuft sich auf 1 190 000 Franken. Die Arbeiten werden in drei Phasen von 2014 bis 2015 aufgeteilt.

9.2.3 Berufsfachschule | Technik und Kunst | Freiburg (EMF)

Die EMF kann die Räumlichkeiten im Zeughaus vorläufig weiterhin benutzen, bis sie die neuen Räumlichkeiten an der Route des Daillettes 6 beziehen kann. Der Staat hat die neuen Räumlichkeiten per Dekret erworben. Diese Gebäude werden zurzeit umgebaut. Sie werden ab dem Schulanfang 2014/15 für die Industriephase der Ausbildungen genutzt. Der Umzug ist für Juli 2014 geplant.

9.3 Ausbildung

9.3.1 Berufliche Grundbildung

Die folgende Tabelle bietet einen Überblick über die Zahl der Lernenden und die Zahl der Fähigkeitszeugnisse und Ausweise, die im Kanton ausgestellt wurden:

	Personen in Ausbildung		Fähigkeitszeugnisse und Ausweise			
	2012	2013	2012		2013	
Berufsmaturität BMS 2	421	367	2017	446	2061	522
Lehre (mit lehrbegleitender Berufsmaturität)	7865	8006				
Hörer	310	280		113		109

	Personen in Ausbildung		Fähigkeitszeugnisse und Ausweise	
Praxisausbildung	9	7	7	5
Anlehre	63	37	46	39
Vorlehre	52	51		
Vorkurs (SEMO)	271	322		
Integrationskurs	183	215		
Total	9174	9285	2629	2736

Für 2013 liegt die Erfolgsquote bei 90,8 %, (89,8 % im Jahr 2012).

1382 Lernende besuchen den Berufsschulunterricht in einem anderen Kanton, davon 227 an einer Lehrwerkstätte.

Das Amt und die Berufsbildungszentren bilden selber 20 Lernende aus.

9.3.2 Beruflicher Unterricht

Der berufliche Unterricht wird von fünf Berufsfachschulen sichergestellt, die auch 239 Lernende aus anderen Kantonen ausbilden. Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Schülerbestände dieser Schulen.

Berufsfachschulen	Personen in Ausbildung		
	Französisch	Deutsch	Total
Gewerbliche und Industrielle Berufsfachschule (GIBS)	2760	789	3549
Kaufmännische Berufsfachschule (KBS)	785	404	1189
Berufsfachschule Technik und Kunst Freiburg (EMF)	533	66	599
Gewerbliche und Kaufmännische Berufsfachschule (EPAC)	1110		1110
Berufsfachschule Soziales-Gesundheit (ESSG)	442	61	503
Total	5630	1320	6950

Die Kaufmännische Berufsfachschule (KBS) bietet im Schuljahr 2013/14 die Vollzeitausbildung für die kaufmännische Berufsmaturität nach Lehrabschluss zum dritten Mal auf Deutsch an. Leider konnte mangels Interessenten keine neue berufsbegleitende zweisprachige kaufmännische Berufsmaturitätsklasse gebildet werden. Seit dem Schulanfang wird das virtuelle Klassenregister für alle Klassen verwendet. Die Präsenzverwaltung erfolgt seither komplett papierlos.

Die Gewerbliche und Kaufmännische Berufsfachschule (EPAC) verfügt nicht mehr über genügend Klassenzimmer, um alle Auszubildenden aufzunehmen. Dank der Unterstützung der Vereinigung des Kantonalen Berufsbildungszentrums (VKBZ) wird sie nach dem Umbau ihres Gebäudes ab dem Schuljahr 2014/15 über zwei neue Informatikräume verfügen. Drei zusätzliche Klassenzimmer werden mittelfristig eingerichtet werden, um den zunehmenden Raum- und Infrastrukturbedarf zu decken.

Die Gewerbliche und Industrielle Berufsfachschule (GIBS) hat 2013 eine allgemeine Zunahme ihres Bestands an Auszubildenden festgestellt. Die EBA-Bildungsgänge erhalten vermehrt Zulauf, sodass die Klassen für Hilfsschreiner und Küchenangestellte verdoppelt werden mussten. Ausserdem wurde eine deutliche Zunahme der deutschsprachigen Köchinnen und Köche und der Sanitärinstallateurinnen und -installateure im ersten Ausbildungsjahr verzeichnet. Im Bildungsgang als Restaurationsfachperson EFZ, der 2011 eingeführt wurde, befindet sich 2013 eine erste Klasse im Abschlussjahr. Auch der erste Freiburger Jahrgang von französischsprachigen Montageelektrikerinnen und -elektrikern ist im Abschlussjahr. Die GIBS konnte mangels Interessenten keine deutschsprachige lehrbegleitende technische Berufsmaturitätsklasse bilden. Sie eröffnete 3 Klassen (2012 waren es noch vier) für die gesundheitlich-soziale Berufsmaturität nach Lehrabschluss. Die Brückenangebote wurden etwas verstärkt genutzt, insbesondere die Vorbereitungskurse und die Integrationskurse. Für letztere wurde im Dezember eine zusätzliche Klasse eröffnet. Erstmals wurden die Auszubildenden, die an diesen Kursen teilnehmen, in die Turn- und Sportkurse integriert. Was

die Gebäude betrifft, so wurde eines der I-FR-Labors, die der Ausbildung von Informatikerinnen und Informatikern dienen, vergrössert. Das Sekretariat wurde renoviert und gewisse Flächen wurden umgebaut, um drei Klassenzimmer zu schaffen und so den Platzmangel zu lindern.

Die Abteilung «Gesundheit» der Berufsfachschule Soziales-Gesundheit (ESSG) bietet neun Bildungsgänge für die Erlangung des EFZ als Fachperson Gesundheit (FaGe) an. Die dreijährige Grundbildung wird immer mehr in Form einer dualen Lehre absolviert. Die französischsprachigen Lernenden haben aber nach wie vor die Möglichkeit, die Ausbildung im schulischen System mit Praktikum und integrierter Berufsmaturität zu absolvieren.

Im Jahr 2013 empfing die ESSG den zweiten Jahrgang von Assistentinnen und Assistenten Gesundheit und Soziales (AGS) EBA, die eine zweijährige Ausbildung absolvieren.

Die Bildungsangebote für Erwachsene in den Bereichen Gesundheit und Soziales wurden umstrukturiert, um einen gemeinsamen Unterricht der verschiedenen Wege zum EFZ für Erwachsene mit Erfahrung zu ermöglichen. Betroffen sind die auf zwei Jahre verkürzte Ausbildung (mit Lehrvertrag) und die Anerkennung von Personen mit Erfahrung (ohne Lehrvertrag) über die Validierung von Bildungsleistungen oder die Absolvierung der Abschlussprüfungen (gemäss Art. 32 BBV).

9.3.3 Überbetriebliche Kurse

Im Schuljahr 2012/13 besuchten 4069 Lernende die überbetrieblichen Kurse im Kanton und 1827 ausserhalb des Kantons. 70 Lernende besuchen diese Kurse direkt in ihrem Bildungsbetrieb.

9.3.4 Höhere Berufsbildung und berufsorientierte Weiterbildung

Das Interprofessionelle Weiterbildungszentrum (IWZ) registrierte 3043 Anmeldungen für 444 Weiterbildungskurse, die im Laufe des Schuljahres 2012/13 organisiert wurden. Im IWZ haben ausserdem 252 Personen in 16 Bildungsgängen eine Ausbildung zur Erlangung eines höheren Berufsabschlusses besucht. Mit dem IWZ haben 166 Auszubildende für durchschnittlich 115 Ausbildungsperioden pro Auszubildender zusammengearbeitet, wobei die Zufriedenheitsquote gemäss der Bewertung durch die Teilnehmenden bei 99 % liegt.

Mit einem Betriebsbudget von 3 410 699 Franken realisierte das IWZ im Jahr 2012 einen Betriebsverlust von 392 854 Franken infolge einer Abnahme der durchschnittlichen Teilnehmerzahl pro Kurs und einer tiefen Arbeitslosenquote.

9.3.5 Gewerbebibliothek (GIBS) und Zentrum für pädagogische Bezugsquellen (EPAC)

Während der Umzug der Gewerbebibliothek in ihre neuen Räumlichkeiten 2011 viel Begeisterung ausgelöst hatte und sie 2012 auf viel Interesse gestossen ist, hat sie 2013 mit 14 694 Besucherinnen und Besuchern eine gewisse Stabilität erreicht. 1900 neue Titel konnten angeschafft werden und 7279 Ausleihen wurden registriert. Die Zahl der Leserinnen und Leser beläuft sich heute auf 10 749 Personen (742 Neuanmeldungen im Jahr 2013). Seit der Katalog auf eine neuere Informatiksoftware umgestellt wurde, kann die Gewerbebibliothek eine vereinfachte und direkte Titelsuche auf Deutsch und Französisch anbieten. Dank dem Kauf eines Zusatzmoduls, das Serienänderungen am Katalog ermöglicht, konnte an Effizienz gewonnen werden. So konnte auch eine Bereinigung der elektronischen Daten durchgeführt werden. Anfang 2014 wird der Katalog über Internet erreichbar sein und die Benutzerinnen und Benutzer werden ihre Leserkonten über das Internet verwalten können.

Die Bibliothek der EPAC erwarb 343 neue Titel und lieh 2791 Werke aus. 5480 Personen besuchten die Bibliothek (persönliche Arbeiten, Lesen, Internet, Schulmaterial, Klassenbesuche). 2451 Leserinnen und Leser sind heute registriert, im Jahre 2013 haben sich damit 188 Personen neu angemeldet.

10. Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)

Generaldirektor: Jean-Etienne Berset

10.1 Tätigkeit der FHF-TW

Eines der wichtigsten Ereignisse dieses Jahres war das Inkrafttreten der neuen interkantonalen Vereinbarung über die Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) auf den 1. Januar 2013. Der Regierungsausschuss, der sich aus den für die FH zuständigen Staatsrätinnen und Staatsräten der fünf Kantone/Regionen der HES-SO zusammensetzt, traf sich am 8. März 2013 zu einer ersten Sitzung. Dieser Ausschuss ersetzt die beiden bisherigen strategischen Ausschüsse, die auf den beiden Vereinbarungen (HES-SO und FH-GS) basieren, die der HES-SO bis am 31. Dezember als Rechtsgrundlage gedient hatten.

Der Entwurf des Gesetzes über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg (HES-SO//FRG) ist im Jahr 2013 in eine entscheidende Phase getreten. Er wurde vom Staatsrat genehmigt und am 19. September dem Grossen Rat überwiesen. Eine parlamentarische Kommission wurde zur Prüfung des Entwurfs aufgestellt. Sie hat Ende 2013 begonnen, den Entwurf zu besprechen.

Vom 29. Januar bis 3. Februar 2013 haben die Hochschule für Technik und Architektur (HTA-FR), die Hochschule für Wirtschaft (HSW-FR), die Hochschule für Gesundheit (HfG-FR) und die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA) zum vierten Mal unter dem gemeinsamen Banner der HES-SO//FR am Forum der Berufe START! des Kantons Freiburg teilgenommen, das alle zwei Jahre stattfindet. Wie bei den vorangehenden Ausgaben stiess der Stand der HES-SO//FR beim Zielpublikum, den Schülerinnen und Schülern auf Sekundarstufe I und ihren Eltern, auf grosses Interesse.

Am 19. Februar 2013 hat der Staatsrat nach dem Rücktritt des bisherigen Direktors der HSW-FR Ricco Baldegger zum neuen Direktor dieser Hochschule ernannt. Er war bisher als Dozierender und Verantwortlicher des Instituts für Entrepreneurship & KMU tätig, das er innerhalb der HSW-FR geschaffen und aufgebaut hat. Rico Baldegger hat seine neue Tätigkeit am 1. Mai 2013 aufgenommen.

Am 2. und 3. Mai 2013 wurden die vier Schulen der HES-SO//FR sowie die Generaldirektion im Rahmen eines Erneuerungsaudits von zwei Mitarbeitenden der SGS geprüft. Im Bericht wird festgestellt, dass das Qualitätssystem gut funktioniert. So ist die HES-SO//FR wieder für die nächsten drei Jahre ISO 9001:2000 zertifiziert.

Am 22. Juni 2013 haben nicht weniger als 50 Mädchen im Alter von 9 bis 12 Jahren ein Diplom für den Besuch eines Internetkurses erhalten, der gemeinsam von der ETH Lausanne, der Universität Freiburg und der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg angeboten wurde. Es handelte sich dabei um einen zweisprachigen Kurs auf Deutsch und Französisch, der während eines Semesters (zwölf Wochen) jeweils am Samstagmorgen stattfand. Ein derartiger Kurs, der es jungen Mädchen erlaubt, zu sehen, dass die Informatikberufe für sie spannende berufliche Aussichten bieten, entspricht ganz der Politik zur aktiven Förderung der Chancengleichheit, die von der HES-SO//FR bereits seit Jahren betrieben wird.

Zum vierten Mal hat die HES-SO//FR vom 26. August bis 6. September 2013, also kurz vor Beginn des neuen Studienjahres, eine Sommerakademie in angewandter Ethik organisiert. Über zwanzig Studierende haben dieses Angebot genutzt, das allen Studierenden der HES-SO//FR offen stand. Die Kursbewertung hat ein weiteres Mal gezeigt, dass praktisch alle Teilnehmenden mit dem Kurs sehr zufrieden waren. Dieses Programm wird von den Direktionen der vier Schulen voll unterstützt, was erfreulich ist und mit Zuversicht eine fünfte Ausgabe ins Auge fassen lässt.

10.2 Tätigkeit der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR)

10.2.1 Strategische kantonale Projekte und Positionierung im Bereich Ingenieurwesen und Architektur der HES-SO

Im Rahmen der Entwicklung des Innovationsquartiers blueFACTORY führt die HTA-FR zwei strategische Projekte: Das Projekt Smart Living Lab (SLL) und das Projekt INNOSQUARE. Während das SLL eine gemeinsame Initiative der ETH Lausanne, der UNI FR und der HTA-FR im Bereich des Wohnens der Zukunft ist, zielt das zweite Projekt darauf ab, die Kompetenzen der HTA-FR, der HSW-FR, des Gründerzentrums FriUp und des WTZ-FR zu vereinen, um die Innovationsdynamik in unserem Kanton zu stärken.

Im Jahr 2013 erhielt die HTA-FR per Dekret des Grossen Rats eine erste Teilzahlung für die Erneuerung ihrer technischen Laborgeräte. Die Investitionen belaufen sich auf 15,4 Millionen Franken und sind auf vier Jahre verteilt. Sie erlauben es, die Infrastrukturen und Versuchsgeräte auf den Stand der Technik zu bringen und so die Attraktivität unserer Schule für künftige Studierende zu erhalten und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Forschungsinstitute zu gewährleisten.

Das Erweiterungsprojekt am Standort Pérolles 80, dessen Notwendigkeit anerkannt wurde und das im Finanzplan der Legislaturperiode aufgeführt ist, hängt unter anderem von der Möglichkeit und vom Willen ab, gewisse Forschungslabors an den Standort von blueFACTORY zu verlegen. Ein weiterer Punkt, der das Projekt beeinflusst, ist die Möglichkeit, alle Aktivitäten des Architekturstudiengangs und des Instituts TRANSFORM in die ehemalige Schokoladenfabrik von Villars zu verlegen. Ab September 2013 wurden diesbezügliche Gespräche mit dem Besitzer und dem Hochbauamt geführt.

10.2.2 Unterricht

Die Zahl der in den Bachelor-Studiengängen der HTA-FR immatrikulierten Studierenden ist zwischen 2012 und 2013 insgesamt um 5 % angestiegen. Die Zahl der neu zugelassenen Studierenden ist ihrerseits um 4 % angestiegen. Die Studiengänge, insbesondere im Bereich der industriellen Technologien (Maschinentechnik und Elektrotechnik), waren auf das neue Studienjahr sehr gefragt.

Im Herbst 2013 hat der Studiengang Architektur das zweite Jahr seines neuen Studienplans eingeführt. Dieser umfasst eine französischsprachige und eine zweisprachige Ausbildung. Von letzterem Angebot profitieren 15 % der Studierenden im ersten und zweiten Studienjahr. Im Jahr 2014 wird ein zweisprachiges Angebot für das letzte Studienjahr aufgestellt.

Die Berufe und Instrumente der Ingenieurinnen und Ingenieure sowie der Architektinnen und Architekten entwickeln sich ständig weiter. Deshalb ist es nötig, die Ausbildungsprogramme ständig anzupassen. Bei den Ausbildungsprogrammen muss zwischen technischem Know-how, das gewöhnlich direkt angewendet werden kann, und wissenschaftlichen und kommunikativen Kompetenzen unterschieden werden, die eine grössere Reichweite haben. Diese können nicht immer gleich angewendet werden, bereichern aber das Allgemeinwissen der Absolventinnen und Absolventen und erlauben es ihnen, ihre Kenntnisse auf die Berufe der Zukunft zu übertragen. Massnahmen wurden getroffen, damit diese langfristigen Kompetenzen einen Platz in den Ausbildungsprogrammen finden.

10.2.3 Weiterbildung

Im Berichtsjahr wurde erstmals das Certificate of Advanced Studies (CAS) «Energienstadt» angeboten. Dieser Kurs ist in den Master of Advanced Studies «Energie et Développement durable dans l'environnement bâti» (MAS EDD-BAT) der HES-SO integriert. Der erste Kurs begann im August mit 24 Teilnehmenden und die nächste Ausgabe ist bereits für 2015 geplant. Der Kurs wird vom Programm Energie-FR subventioniert, das die HTA-FR im Auftrag des Kantons Freiburg durchführt.

Ende des Jahres wurden 31 Diplome des CAS in «Renaturierung von Fliessgewässern» erteilt. Die Ausbildung war ein voller Erfolg und erlaubte es den Teilnehmenden, sich in dieser fächerübergreifenden Problematik auszubilden.

Es ist vorgesehen, die zweite Ausgabe der Ausbildung, die in Zusammenarbeit mit der hepia (Haute école du paysage, d'ingénierie et d'architecture in Genf, ebenfalls Mitglied der HES-SO) angeboten wird, am Standort in Genf abzuhalten.

Die HTA-FR hat ferner Gespräche aufgenommen, um das Weiterbildungsangebot im Bereich der Eisenbahntechnik auszudehnen. Zwei weitere derartige Bildungsangebote werden zurzeit zusammen mit den Fachverbänden und den betroffenen Unternehmen sowie dem Bundesamt für Verkehr ausgearbeitet.

Im Jahr 2013 hat das SBFI das Programm des Masterstudiengangs in Geomatik akkreditiert. Dieser Master schliesst unter anderem an den Studiengang in Bauingenieurwesen der HTA-FR an. Die Dozierenden dieses Studiengangs unterrichten auch im Geomatik-Masterstudiengang.

10.2.4 Angewandte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

A. Institute

Die HTA-FR hat im Berichtsjahr die Umstrukturierung der angewandten Forschung abgeschlossen und zehn Institute anstelle der bisherigen vier geschaffen.

- > Institut für komplexe Systeme (iCoSys): Das Institut richtet seine Forschung auf Bereiche mit hoher Wertschöpfung für die regionale Wirtschaft aus, wie die Massenverarbeitung von Informationen, Cloud Computing, Machine Learning, Business Intelligence, Sensorenetzwerke und Signalverarbeitung;
- > Institut für Printing (iPRINT): Dieses Institut richtet seine Forschung auf drei Bereiche des digitalen Drucks aus: grafischer Druck, Materialdruck (Additive Manufacturing) und Life Science Druck (Herstellung menschlicher Gewebe usw.);
- > Institut für angewandte Forschung in der Kunststofftechnik (iRAP): Dieses Institut interessiert sich besonders für Kunststoffe mit hohem Mehrwert und für die Verfahrensoptimierung (von der Entwicklung bis zur Herstellung);
- > Institut für sichere und intelligente Systeme (iSIS): Das Institut richtet seine Forschung auf vier Bereiche aus, nämlich Sensoren und Schnittstellen, eingebettete und mobile Systeme, IT-Sicherheit sowie Netzwerke und intelligente Dienstleistungen;
- > Institut für Bau- und Umwelttechnologien (iTEC): Dieses Institut im Bereich der Ingenieurwissenschaften richtet seine Forschung auf zwei Bereiche aus, und zwar auf die Studie des Verhaltens von neuen und bestehenden Tragwerken (einschliesslich Erdbebeningenieurwesen) und auf die Revitalisierung von Wasserläufen, die Wasseraufbereitung und -versorgung, die Bodenbewirtschaftung und den Bodenschutz;
- > Institut für chemische Technologien (ChemTech): Das Institut hat drei Forschungsschwerpunkte: Entwicklung von chemischen Verfahren, chemisch-analytische Technologien und kontinuierliche Prozesse (Flow Chemistry);
- > Institut für angewandte Forschung im Bereich der Energiesysteme (ENERGY): Das Institut ist interdisziplinär aufgebaut (Energie – Elektrizität – Informatik) und hat drei Forschungsschwerpunkte, nämlich Energie im Gebäude und im Quartier, Technologien und Management von Stromnetzen sowie Energiesysteme und Industrieprozesse;
- > Technology for Human Wellbeing Institute (HumanTech): Das Institut zielt darauf ab, durch die intelligente Nutzung neuer Technologien die Lebensqualität und das Wohlbefinden zu verbessern. Es hat zur Aufgabe, Antworten auf gesellschaftlichen Herausforderungen in Bezug auf die Lebensqualität zu suchen. Das Institut verfolgt einen fächerübergreifenden Ansatz und fördert öffentlich-private Partnerschaften;
- > Institut für nachhaltige Engineering-Systeme (SeSi): Die Forschungsschwerpunkte dieses Instituts sind die Konzeption (von der Idee zum Produkt) mit Prozessoptimierung, die Motorisierung und die Antriebe. Die Kompetenzen und Tätigkeiten dieses Instituts decken folgende Sektoren ab: Maschinen, Mobilität und Manufacturing;
- > Institut Transform: Erbe, Konstruktion und Nutzer (TRANSFORM): Dieses Institut entwickelt angewandte Forschungsprojekte auf drei voneinander abhängigen Ebenen, nämlich bauliches und landschaftliches Erbe, Projekt und Konstruktion sowie Interaktion zwischen Ort und Nutzer.

B. Projekte und finanzielle Ergebnisse

203 Forschungsprojekte und 54 Dienstleistungen für Dritte wurden realisiert. Der in Rechnung gestellte Betrag beläuft sich auf 10,8 Millionen Franken. 76 % des Betrags wurde mit Forschungsprojekten und 24 % mit Dienstleistungen für Dritte erwirtschaftet. Die Finanzierung wird zu 50 % durch privates Fremdkapital, zu 22 % durch Eigenmittel (HES-SO) und zu 28 % durch öffentliches Fremdkapital (KTI, Stiftungen usw.) sichergestellt. Insgesamt 77 Dozierende (10 VZÄ) leiteten diese Aktivitäten und 198 wissenschaftliche und technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (77 VZÄ) arbeiteten Voll- oder Teilzeit an den Projekten mit.

10.2.5 Nationale und internationale Zusammenarbeit

Diverse Vereinbarungen wurden mit den folgenden Instituten abgeschlossen oder erneuert: UCD – Irland, UTBM – Frankreich, Technische Universität Dortmund – Deutschland, Hochschule München – Deutschland, RV Architecture School Bangalore – Indien, École nationale supérieure d'architecture de Normandie – Frankreich, Université de Tunis El Manar – Tunesien, Universidade Lusofona de Humanidades e Tecnologias – Portugal, Universidad de Oviedo – Spanien.

Die Aktivitäten in Zahlen:

34 Studierende OUT (Kanada, USA, Deutschland, Frankreich, Irland)

61 Studierende IN (Libanon, Italien, Mexiko, China, Vietnam, Frankreich, Polen, Tschechien, Rumänien, Deutschland, Kanada, Indien, Belgien)

10.2.6 Besondere Ereignisse und Veröffentlichungen

Die Dozierenden der HTA-FR hielten über fünfzig Vorträge an nationalen oder internationalen Konferenzen. 28 Artikel wurden in Fachzeitschriften publiziert und 21 wichtige Konferenzen wurden zu verschiedenen Themen organisiert.

Wie jedes Jahr setzen sich der Kommunikationsdienst, die Studiengänge und die Institute ein, um die Ausbildungen und Berufe im Bereich des Ingenieurwesens, der Architektur und der Chemie zu fördern und um die Forschungsergebnisse bekannt zu machen, indem sie an zahlreichen Veranstaltungen und Berufswahlmessen teilnehmen wie START!, Forum Horizon Lausanne, Energissima, Freiburger Symposium Industrielle und Angewandte Chemie, Salon de l'étudiant Genève (salon du Livre), Paléo Festival, BAM Berner Ausbildungsmesse, Salon des métiers et de la formation Lausanne, TecDay (Kollegium St. Michael) usw.

10.3 Tätigkeit der Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW-FR)

Im Berichtsjahr ist die Zahl der Studierenden an den Bachelor- und Masterstudiengängen der HSW weiter angestiegen. Diese Entwicklung ist zwar erfreulich, verursacht aber einige logistische Probleme. Deshalb wurde begonnen, das ehemalige Gebäude der Lehrwerkstätten zu renovieren, um dessen Räumlichkeiten an die Bedürfnisse der HSW anzupassen.

In Verbindung mit der neuen Strategie der HSW-FR wurde die Hochschule neu organisiert und in vier Tätigkeitsbereiche unterteilt: Die Ausbildung nach Bologna-System, die Nachdiplomausbildung, die aF&E und die Aufträge & Mittelbeschaffung. Auf diese Weise soll der Transfer zwischen Ausbildung und angewandter Forschung verbessert und die Beziehung zur Wirtschaft verstärkt werden.

Die HSW hat auch dieses Jahr zahlreiche Konferenzen und Veranstaltungen organisiert. Erwähnenswert sind beispielsweise die Konferenz vom 27. Februar 2013 zum Thema Gesundheit von Unternehmerinnen und Unternehmern und der «Entrepreneur Evening» vom 22. Oktober 2013 mit der Teilnahme von Christian Constantin, Thomas Minder und André Lüthi.

Ausserdem wurde ein neues Ausbildungsprogramm gestartet, das vom Institut für Entrepreneurship & KMU der HSW mit dem Ziel entwickelt wurde, internationale und kulturelle Beziehungen im Bereich Entrepreneurship und Innovation zwischen Masterstudierenden der HSW und anderer Hochschulen aufzubauen. Die zweite Ausgabe der Summer School brachte während zwei Wochen Studierende aus Brasilien, Frankreich und Senegal zusammen. Die

künftigen Unternehmerinnen und Unternehmer hatten die Gelegenheit, einen qualitativ hochstehenden Unterricht zu besuchen und gleichzeitig innovative Unternehmen zu besichtigen.

10.3.1 Unterricht

Seit der Einführung des Bologna-Systems hat die HSW Freiburg zum sechsten Mal Bachelordiplome «Bachelor of Science HES-SO in Betriebswirtschaft» verliehen. Mit diesem Titel wurden die Anstrengungen von 126 Studierenden belohnt. 70 Studierende absolvierten die Ausbildung berufsbegleitend, das heisst während vier Jahren neben einer Erwerbstätigkeit, und 56 Studierende besuchten die dreijährige Vollzeitausbildung. 20 Studierende besuchten einen zweisprachigen Studiengang auf Französisch und Deutsch und erhielten ein «zweisprachiges» Diplom, ein landesweit einzigartiges Angebot für diesen Ausbildungstyp.

Erstmals haben drei Studierende eine dreisprachige Ausbildung auf Französisch, Deutsch und Englisch besucht.

Seit Herbst 2008 ist es möglich, an der HSW-FR einen Masterstudiengang (2. Stufe des Bologna-Systems) zu besuchen. Der vierte Jahrgang von Studierenden hat am 4. November 2013 den «Master of Science HES-SO in Business Administration, Major in Entrepreneurship (Innovation & Growth)» erhalten. Der von der HSW-FR angebotene Master ist auf Entrepreneurship und Innovation in den Unternehmen ausgerichtet. Das Programm wird als zweisprachiger oder dreisprachiger Ausbildungsgang angeboten und dauert vier Semester. Das Masterstudium erlaubt es, nebenbei einer Halbzeiterwerbstätigkeit nachzugehen. Die Ausrichtung auf Entrepreneurship ist im Übrigen sehr beliebt. Im sechsten Jahrgang sind über 42 Studierende eingeschrieben. Dies bestätigt, dass diese Ausrichtung, die unter der Leitung der HSW-FR steht, einen bemerkenswerten Erfolg hat.

10.3.2 Weiterbildung

Das CAS-Angebot wurde 2013 mit der Lancierung eines CAS in Supply Chain Management erweitert. Die erste Ausbildung begann im Oktober 2013. Ausserdem wird zurzeit ein Westschweizer CAS in «Management d'entreprises de l'économie sociale et solidaire» ausgearbeitet und sollte in Zusammenarbeit mit der HEG Genf im Frühjahr 2014 lanciert werden. Zudem wurde eine Partnerschaft mit der HEIG-VD in Verbindung mit dem CAS in nachhaltigem Management aufgebaut. Die Summer School des EMBA fand grossen Anklang mit 18 Teilnehmenden aus Mexiko.

Seit fünf Jahren ist die HSW-FR ausserdem für die Schulung des Personals und der Vorgesetzten der Freiburger Kantonsverwaltung verantwortlich. 2013 bestand diese Tätigkeit in der Organisation von einem Dutzend Seminaren für Vorgesetzte, 75 Schulungsangeboten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und über 70 Informatik- und Sprach-Workshops. Über 1100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben an diesen Schulungen teilgenommen, die auf Französisch oder Deutsch angeboten wurden. Das Weiterbildungsprogramm des Kantons Freiburg wird in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal und Organisation aufgestellt.

10.3.3 Angewandte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

Die HSW-FR hat zahlreiche neue Forschungsprojekte lanciert und die Arbeit an verschiedenen laufenden Projekten fortgesetzt.

Das Institut Entrepreneurship & KMU hat namentlich in Zusammenarbeit mit der KTI, der ETH Zürich und der SUPSI Manno das Projekt GEM 2012/13 (Global Entrepreneurship Monitor) veröffentlicht. Für die grösste Studie über Entrepreneurship und Innovation (60 Länder) ist das Institut seit 2009 mit der Datenerhebung in der Schweiz beauftragt. Erwähnenswert ist ferner das Projekt «Swiss International Entrepreneurship Survey», das sich mit der Internationalisierung von Schweizer KMU befasst und das mit mehreren Wirtschaftspartnern realisiert wird. Die HSW-FR hat in diesem Zusammenhang zum dritten Mal eine Studie über das Internationalisierungsverhalten der Schweizer KMU durchgeführt und die neuen Trends aufgezeigt. Gestützt auf die Datenbank von Dun & Bradstreet wurde ein mehrsprachiger Fragebogen (Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch) an die Leitung von exportorientierten KMU geschickt. Die Resultate dieser Untersuchung haben die wichtigsten Faktoren aufgedeckt, die darüber entscheiden, ob die Internationalisierung eines Unternehmens gelingt oder nicht. Nach der quantitativen Studie wurden mehrere Workshops mit KMU in Basel, Freiburg, Luzern, Sankt Gallen und Zürich organisiert, um die Daten zu vertiefen.

Das Forschungsprojekt «Unternehmer und Gesundheit», das im Grunde eine internationale Initiative ist, hat an Bedeutung gewonnen und zahlreiche Artikel sind zu diesem Thema in den Medien erschienen. Die HSW-FR ist die Schweizer Antenne dieses Projekts. Die gesammelten Daten werden mit den Daten auf internationaler Ebene verglichen. Basierend darauf wird eine geeignete Unterstützung für die Unternehmen insbesondere in Verbindung mit der Unternehmensnachfolge entwickelt.

Die zweite Jahreshälfte war von der Organisation des 8. Kongresses für Entrepreneurship und Innovation vom 23. bis 25. Oktober 2013 geprägt. Dieser Kongress erlaubte es, die HSW-FR auf internationaler Ebene zu positionieren und die Forschung im Bereich Entrepreneurship und Innovation zu verstärken.

10.4 Die FHF-TW in Zahlen

Personalstatistik FHF-TW (HTA-FR + HSW-FR)

	FHF-TW		HSW-FR		HTA-FR	
	2012/2013	2013/2014	2012/2013	2013/2014	2012/2013	2013/2014
Lehrpersonal						
Vollzeit	67	68	7	6	60	62
Teilzeit	176	184	40	48	136	136
Total	243	252	47	54	196	198
Wissenschaftliche und technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter						
Vollzeit	80	85	2	0	78	85
Teilzeit	79	90	8	8	71	82
Total	159	175	10	8	149	167
Verwaltung und Direktion						
Vollzeit	18	21	5	6	13	15
Teilzeit	36	33	10	11	26	22
Total	54	54	15	17	39	37
Lernende						
	32	30		1	32	29
Gesamtsumme						
Vollzeit	197	204	14	13	183	191
Teilzeit	291	307	58	67	233	240
Total	488	511	72	80	416	431

Statistik der Studierenden FHF-TW + BTS

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	Master	Total	Bachelor 2013	Master 2013
HTA-FR								
Architektur	84	68	53	-	38	243	50	14
Chemie	46	15	25	-	-	86	24	-
Bauingenieurwesen	35	33	13	-	-	81	12	-
Informatik	34	24	26	-	-	84	25	-
Telekommunikation	38	17	24	-	-	79	20	-
Elektrobau	37	22	-	-	-	59	-	-

- Elektronik			19			19	18	-
- Elektrotechnik			26			26	26	-
Maschinenbau	53	42	30	-	-	125	26	-
Total HTA-FR	327	221	216	-	38	802	201	14

HSW-FR

Betriebswirtschaft (Vollzeitstudium)	98	81	24	-	-	203	56	-
Betriebswirtschaft (berufsbegleitendes Studium)	104	42	80	36	73	335	70	20
Total HSW-FR	202	123	104	36	73	538	126	20

BTS

Bauführung	29	20	27	-	-	76	24	-
Total FHF-TW	558	364	347	36	111	1416	351	34
davon auf FH-Stufe	529	344	320	36	111	1340	327	34

Statistik der Studierenden nach Herkunft (Kanton, Ausland)

	FHF-TW	HSW-FR	HTA-FR	BTS
Freiburg	784	379	372	33
Bern	67	38	27	2
Genf	17	7	10	-
Jura	40	6	28	6
Neuenburg	37	3	32	2
Tessin	93	1	92	-
Waadt	205	60	136	9
Wallis	116	22	70	24
Andere Kantone	28	14	14	-
Ausland	29	8	21	-

10.5 Bautechnische Schule (BTS)

Die BTS ist eine Höhere Fachschule (HF), die es den Inhaberinnen und Inhabern eines eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses (EFZ) oder eines gleichwertigen Abschlusses erlaubt, ein eidgenössisches Diplom auf Tertiärstufe zu erlangen. Die HF stellen jährlich knapp 7000 Diplome aus. Diese Bildungsgänge sind arbeitsmarktorientiert und fördern insbesondere die Fähigkeit zum methodischen und vernetzten Denken.

Der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) und die höheren Fachschulen, die Bauführer in der Schweiz ausbilden, arbeiten im Rahmen eines «Kontaktforums für Bauführer» zusammen, das sie gemeinsam geschaffen haben. Der SBV unterstützt in seiner Rolle als Organisation der Arbeitswelt die HF bei der Ausbildung von Bauführern unter Berücksichtigung der Anforderungen und Erwartungen des Arbeitsmarkts. Die höheren Fachschulen ihrerseits sorgen dafür, dass die gemeinsamen Anliegen berücksichtigt werden, und schaffen die nötige Transparenz bei der Umsetzung ihres Konzepts.

Am 18. Oktober 2013 wurden im Rahmen der Diplomfeier der HTA-FR 24 Diplome als Technikerin oder Techniker HF Bauführung überreicht.

10.6 Stand der Stipendienfonds

Fonds/Stiftung	Stand in CHF am	
	31.12.2012	31.12.2013
Stiftung Habricht del Soto	40 597.55	41 003.55
Fonds James Daler	71 673.70	71 671.05
Fonds Frédéric Broillet, Kunstmaler	59 814.50	60 412.65
Fonds Ampelio Regazzoni, Bildhauer	22 011.00	22 231.10
Fonds Placide Perroset	9 294.30	9 387.25
Fonds J.-B. Zbinden	4 925.10	4 974.35
Stiftung Krankenkasse der HTA-FR	98 364.26	99 347.91

Diese Stiftungen werden schon seit Längerem kaum noch genutzt. Deshalb hat die HTA-FR das Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge gebeten, zu prüfen, ob die Auflösung dieser Stiftungen zugunsten einer einzigen Stiftung aus rechtlicher Sicht möglich ist. Eine erste Analyse dieses Amtes kommt zum Schluss, dass dem grundsätzlich nichts entgegensteht, insbesondere da diese Stiftungen schon lange bestehen und die verfügbaren Mittel kaum genutzt werden. Die HTA-FR wird an diesem Vorhaben 2014 weiter arbeiten.

11. Personalbestand

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Kostenstellen		Rechnung 2013 VZÄ	Rechnung 2012 VZÄ	Differenz VZÄ
Volkswirtschaftsdirektion		706.21	685.12	21.09
Zentralverwaltung		75.91	75.55	0.36
3500 / ETES	Generalsekretariat	8.01	7.77	0.24
3505 / PECO	Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg	9.35	8.98	0.37
3510 / OPEM	Amt für den Arbeitsmarkt	14.56	14.85	-0.29
3525 / RCOM	Handelsregisteramt	5.67	5.85	-0.18
3535 / LOGE	Wohnungsamt	2.18	2.30	-0.12
3542.1 / SFPR	Amt für Berufsbildung	23.13	22.80	0.33
3560 / STAT	Amt für Statistik	8.00	8.00	
3565 / ENER	Amt für Energie	5.01	5.00	0.01
Unterrichtswesen		630.30	609.57	20.73
3542.2 / EPAI	Gewerbliche und Industrielle Berufsfachschule	178.51	174.31	4.20
3542.3 / EPCO	Kaufmännische Berufsfachschule	56.48	52.69	3.79
3542.4 / EPAC	Gewerbliche und Kaufmännische Berufsfachschule	47.23	46.12	1.11
3542.5 / EPSS	Berufsfachschule Soziales-Gesundheit	28.85	31.17	-2.32
3542.6 / EMEF	Berufsfachschule Technik und Kunst Freiburg	85.54	83.22	2.32
3557 / ETEC	Technische Schulen	7.73	7.97	-0.24
3558 / HESF	Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)	225.96	214.09	11.87